

de



Europäische Union
Regionalpolitik

info regio

Nr. 25 | März 2008 |

panorama



**Regionalpolitik,
nachhaltige Entwicklung
und Klimawandel**

Inhaltsverzeichnis

Neue Wege zu einer stärkeren Vergabe von Kleinstkrediten in Europa

Die Europäische Kommission hat eine Initiative zur einfacheren Kreditvergabe an Kleinunternehmen und an sozial benachteiligte Menschen vorgeschlagen, die sich selbstständig machen wollen.

Regionalpolitik, nachhaltige Entwicklung und Klimawandel

Nachhaltige Entwicklung und regionale Entwicklung - von der klimapolitischen Herausforderung zum energiepolitischen Handeln

Der Klimawandel und seine Auswirkungen auf unser Produktions- und Konsumverhalten rücken immer mehr in den Mittelpunkt einer auf Nachhaltigkeit zielenden Entwicklungspolitik.

Regionale Anpassung an den Klimawandel: eine Herausforderung für die europäische Raumordnungspolitik

Es ist unerlässlich, dass in Europa rechtzeitig angemessene und kostengünstige Anpassungsmaßnahmen ergriffen werden, mit deren Hilfe sich die möglichen schädlichen Folgen des Klimawandels für den Menschen und das gesamte Ökosystem vermeiden oder verringern lassen.

Zusammenarbeit der Regionen auf dem Gebiet der nachhaltigen Entwicklung

Das Netzwerkprojekt „Greening Regional Development Programmes (GRDP)“ hat Ergebnisse gezeitigt, mit deren Hilfe die zuständigen staatlichen Stellen der Bedeutung umweltpolitischer Belange in der kommunalen und regionalen Entwicklung vollumfänglich Rechnung tragen können.

EFRE in Aktion: Großbritannien, Österreich, Griechenland, URBACT

Augenzeugen berichten: Polen

Bericht: Auf gutem Weg zu einer kohlenstoffarmen Wirtschaft

Der Osten Englands gehört zu den wenigen europäischen Regionen, die in der Lage sein dürften, die von der Europäischen Kommission beschlossenen neuen und ehrgeizigen Ziele der EU zur Reduzierung des Kohlendioxidausstoßes zu erreichen.

Augenzeugen berichten: Die Kanarischen Inseln (Spanien)

INTERREG in Aktion

Veranstaltung: Programm „ESPON 2013“ gestartet

REGIO & Netzwerke

Online

4



7



11



14



17



18



20



24

25



26



27



28

Fotos (Seiten): Europäische Kommission (1, 3, 4, 5, 6, 19), LIFE projects (7, 8, 9, 10, 11, 12, 13), Mark Passmore (14, 15), South West Regional Office (16), Ecodyfi (17), Energieagentur Judenburg-Knittelfeld-Murau (17), ANATOLIKI S.A. (17), Commune Napoli (17), EEDA (20, 22, 23), Dong Energy A/S (21), Instituto Tecnológico de Canarias (24), ASECOR (25), Stadtreinigung Leipzig, Vital Signs project (25), GTK (25), ESPON (26).

Einband: Nestos-Projekt (Fluss Nestos), Thissavros-Talsperre für Bewässerungs- und Energiebedarf (in Zusammenarbeit mit Bulgarien), Drama, Griechenland.
Weitere Beiträge von: Pierre Ergo, Jean-Luc Janot.

Herausgeberin: Ana-Paula Laissy, Europäische Kommission, GD Regionalpolitik.
Dieses Magazin erscheint in Deutsch, Englisch und Französisch. Auf Recyclingpapier gedruckt.

Das thematische Dossier ist in 22 Sprachen der Europäischen Union abrufbar unter:
http://ec.europa.eu/regional_policy/index_de.htm

Die Beiträge in dieser Publikation geben die Ansichten des Verfassers und nicht
zwangsläufig die Meinung der Europäischen Union wieder.

Grünes Licht für nachhaltiges Wachstum

Der Klimawandel gilt als die derzeit größte Herausforderung für die Menschheit und wird sich in den verschiedenen Regionen Europas unterschiedlich auswirken. So leben gegenwärtig 7 % der europäischen Bevölkerung in Überschwemmungsgebieten, während 9 % in Regionen zu Hause sind, in denen an über 120 Tagen im Jahr kein Tropfen Regen fällt. Das entspricht zusammen einem Sechstel der EU-Gesamtbevölkerung. Die unterschiedlichen Folgen des Klimawandels werden für die Lebensqualität, den Tourismus und die Landwirtschaft in den betroffenen Regionen schwerwiegende Probleme aufwerfen. Darüber hinaus lassen es die Zusicherungen der Europäischen Union im Rahmen des Kyoto-Protokolls und des im Dezember 2007 von der internationalen Staatengemeinschaft in Bali geschlossenen Vertrags über den Abschluss der Verhandlungen über ein Nachfolgeabkommen bis Ende 2009 erforderlich werden, dass sich alle europäischen Regionen ehrgeizige Ziele bei der Bekämpfung des Klimawandels setzen, unter anderem auf dem Gebiet Energieversorgung und Energieeffizienz. In diesem Zusammenhang hat die Idee einer nachhaltigen regionalen Entwicklung mehr Bedeutung erlangt als je zuvor.



In dieser Ausgabe von „Inforegio Panorama“ wird erläutert, wie die Regional- und die Kohäsionspolitik einen wichtigen Beitrag zur Nachhaltigkeit, zur Anpassung an den Klimawandel und zur Milderung seiner Folgen sowie zur Steigerung der Energieeffizienz und zur Erschließung alternativer Energiequellen leisten können.

Die für den Zeitraum 2007 bis 2013 im Rahmen von Struktur- und Kohäsionsfonds zur Verfügung gestellten Fördermittel für Umweltschutzprogramme liegen mit rund 100 Milliarden Euro doppelt so hoch wie im Vorzeitraum. Eine Hälfte dieses Betrages ist für Infrastrukturmaßnahmen in den Bereichen Wasser- und Abwasserbehandlung, Altlastenbeseitigung und Schadstoffminderung sowie für Naturschutz- und Risikovermeidungsmaßnahmen vorgesehen. Die andere Hälfte kommt Umweltschutzprojekten unter anderem in den Bereichen Verkehrs- und Energiesysteme, ökologische Innovation, Sanierung städtischer und ländlicher Flächen, Umweltmanagement für Unternehmen und Ökotourismus zugute.

Wie aus den vielen Beispielen in dieser Ausgabe außerdem hervorgeht, stellt eine nachhaltige Entwicklung auch eine große Chance für die europäischen Regionen dar, sofern sie von der EU entsprechend unterstützt werden. Investitionen in den Umweltschutz – beispielsweise in saubere Technik, Energieeffizienz, sanften Tourismus oder einfach die Schönheit der Landschaft - fördern das Wirtschaftswachstum. Die Nutzung von Wind, Sonne und Biomasse für eine nachhaltige Energieerzeugung kann den Regionen im Wettbewerb mit anderen wieder einen Vorsprung verschaffen. Selbst die Bekämpfung des Klimawandels kann neue Chancen eröffnen; durch die Verwertung ihrer Naturschätze und ihres besonderen Know-hows können die Regionen ihre Energiebilanz verbessern und ihre Wettbewerbsfähigkeit stärken.

So schwierig die ökologischen Herausforderungen auch sein mögen – mit Kreativität lassen sie sich bewältigen. Aus diesem Prozess werden die Regionen gestärkt hervorgehen. Ich hoffe, dass die Regionen Europas ihre Zusammenarbeit in Fragen des Klimawandels und der technischen Entwicklung zugunsten einer nachhaltigen Energienutzung fortsetzen werden.

Danuta Hübner
Kommissar für Regionalpolitik

Zugang von Kleinunternehmen und sozial benachteiligten Menschen zu Finanzmitteln

Neue Wege zu einer stärkeren Vergabe von Kleinstkrediten in Europa

Die Europäische Kommission hat eine Initiative zur einfacheren Kreditvergabe an Kleinunternehmen und an sozial benachteiligte Menschen vorgeschlagen, die sich selbstständig machen wollen.¹ Mit Hilfe dieser Initiative, die sich im Rahmen der Lissabon-Strategie für Wachstum und Arbeitsplätze bewegt, soll die unbefriedigte Nachfrage nach Kleinstkrediten in Europa gedeckt werden.



■ Eine kleine Holzhandlung in Rebrisoara (Rumänien).

Kleinstkredite sind Darlehen von sehr geringer Höhe an Einzelunternehmen, an soziale Einrichtungen, an in die Selbstständigkeit strebende abhängig Beschäftigte, an in der Schattenwirtschaft Tätige sowie an Arbeitslose und Arme, die als „nicht bankfähig“ gelten und deshalb häufig von herkömmlichen Bankdienstleistungen ausgeschlossen sind. Kleinstkredite stehen am Übergang von der wirtschaftlichen zur sozialen Daseinsvorsorge. Sie leisten einen Beitrag zu wirtschaftlicher Eigeninitiative und unternehmerischem Handeln, zur Schaffung von Arbeitsplätzen und zur Selbstständigkeit, zur Weiterbildung und zur Einbeziehung von Benachteiligten. Besondere Bedeutung kommt ihnen in ländlich geprägten Gebieten zu. Darüber hinaus spielen sie eine wichtige Rolle bei der wirtschaftlichen und sozialen Integration von Zuwanderern und ethnischen Minderheiten.

„Die Menschen wollen arbeiten, und viele wollen sich auch selbstständig machen. Der Kleinstkredit ist eine äußerst effektive Hilfe beim Aufbau eines jungen Unternehmens oder bei der Wiedereingliederung Arbeitsloser in den Wirtschaftskreislauf im Rahmen einer freiberuflichen oder kleingewerblichen Tätigkeit“, sagte Kommissarin Hübner, als sie die Initiative vorstellte.

In weniger entwickelten Ländern kommen Kleinstkredite schon sehr erfolgreich zum Einsatz. In der EU wird diese Art der Finanzierung – für gewöhnlich

Darlehen in Höhe von durchschnittlich 7 700 Euro – zumeist von jenen nachgefragt, die ein kleines Dienstleistungsunternehmen gründen wollen. Aber ganz gleich, ob es sich dabei um Dienstleistungen für Unternehmen, Einzelpersonen oder Haushalte handelt, ob man sich als Computerfachmann, Fensterreiniger, Gärtner oder Altenpfleger betätigen möchte: Mit einem Mikrokredit kann sich jeder seiner Qualifikation und seinen Fähigkeiten nach selbstständig machen. Dementsprechend kann der Kleinstkredit eine wichtige Rolle bei der Realisierung der Lissabon-Strategie für Wachstum und Arbeitsplätze sowie bei der Förderung der sozialen Einbeziehung spielen, weil er sowohl dem Anspruch der Flexibilität als auch dem der sozialen Sicherheit gerecht wird.

In vielen der neueren Mitgliedsländer sind Kleinstkredite auf dem Vormarsch, und in den älteren 15 Mitgliedstaaten zeichnet sich in den letzten Jahren eine ähnliche Entwicklung ab. Will man das Potenzial der Kleinstkredite aber voll ausschöpfen, bleibt noch viel zu tun. *„Mit dieser Initiative soll ein Rahmen für die Koordinierung unserer Bemühungen auf EU-Ebene geschaffen werden. Ihr Ziel sind die Verbesserung des rechtlichen und institutionellen Umfelds, in dem die Anbieter von Mikrokrediten tätig sind, und die verstärkte Bereitstellung von Kapital. Durch die Vergabe von Kleinstkrediten könnte das Investitionsvolumen in Europa um 6,1 Milliarden Euro steigen“,* fügte Kommissarin Hübner hinzu.

(1) „Eine europäische Initiative zur Entwicklung von Kleinstkrediten für mehr Wachstum und Beschäftigung“, KOM(2007) 708 endgültig

Wachsende und unbefriedigte Nachfrage

Die Nachfrage nach Kleinstkrediten nimmt sowohl in den neueren wie auch in den älteren Mitgliedstaaten rasch zu.

Als „Kleinstkredit“ gelten in der EU Darlehen von unter 25 000 Euro; die Durchschnittshöhe liegt in den 15 älteren Mitgliedsländern bei 10 000 Euro und in den 12 neueren Mitgliedstaaten bei 3 800 Euro.

In der gesamten EU könnte die Nachfrage nach Kleinstkrediten den vergebenden bankfremden Finanzinstituten über eine halbe Million Neukunden zuführen. Diese Zahl könnte sich im Laufe der Jahre aufgrund von Neuanträgen, Vertragsverlängerungen und des positiven Einflusses der vorgeschlagenen Kleinstkreditinitiative noch erhöhen.

Auf Eurostat-Daten beruhenden Schätzungen zufolge könnte der Kleinstkreditbedarf in der EU kurzfristig auf über 700 000 Darlehen im Wert von 6,1 Milliarden Euro ansteigen.

Kleinstkredite eignen sich für Kleinunternehmen mit weniger als 10 Beschäftigten (das sind 91 % aller Unternehmen in Europa) sowie für Arbeitslose und Menschen in ruhenden Arbeitsverhältnissen, die sich selbstständig machen wollen, aber keinen Zugang zu herkömmlichen Bankdienstleistungen haben. Auf diese „nicht bankfähigen“ Gruppen zielt die Initiative der Kommission.

Neue Rahmenbedingungen

Mit dieser Initiative will die Kommission die Mitgliedstaaten auffordern, ihre institutionellen, rechtlichen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen so anzupassen, dass

- ein Umfeld für den Aufbau von Mikrofinanzinstituten (engl. MFI) geschaffen wird, die alle Kundengruppen abdecken würden;
- eine dauerhafte Vergabe von Kleinstkrediten möglich wird, beispielsweise durch die Lockerung von Zinsobergrenzen für derlei Kredite;
- die MFI auf die Daten von Darlehensnehmern zugreifen dürfen und die Kreditrisiken leichter prüfen können;
- die betrieblichen Aufwendungen sinken und Steuererleichterungen zum Tragen kommen;
- die gesetzlichen und aufsichtsbehördlichen Regelungen den Besonderheiten der Mikrofinanzierung Rechnung tragen;
- einheitliche Marktregeln auch auf Kleinstkredite Anwendung finden;
- die Kleinstkreditvergabe in Regulierungs- und Rechnungslegungsgrundsätze aufgenommen wird.

Die Hinwendung Europas zu Wissen, Dienstleistungen und technischen Neuerungen im Rahmen der erneuerten Lissabon-Strategie von 2005 könnte neuen Schub bekommen, wenn man dem Zusammenhang zwischen wirtschaftlicher Entwicklung und Kleinstkrediten auf folgenden drei Ebenen größere Beachtung schenken würde: Anpassung der institutionellen Rahmenbedingungen für Kleinunternehmen; Erleichterung der Übergangsphase zwischen Arbeitslosigkeit und Gründung eines Kleinunternehmens; fachliche Unterstützung für Kleinunternehmer.

Ein wesentlicher Beitrag zum Nachweis des Nutzens von Kleinstkrediten besteht darin, Banken und bankfremden Einrichtungen die Fortsetzung ihrer Tätigkeit und die Entwicklung dauerhaft wirksamer Instrumente zu gestatten. Staatliche Beihilfen für vorübergehende Maßnahmen, deren Wirkung nach Auslaufen der öffentlichen Förderung verpufft,

sind verfehlt. Von größerem Nutzen ist es, die Entwicklung von Bankdienstleistungen und den Aufbau bankfremder MFI zu unterstützen und diese aufzufordern, sich über ihre Erfahrungen und Arbeitsmethoden auszutauschen und eine gemeinsame Sprache zu verwenden, die ihnen eine effektivere Zusammenarbeit ermöglicht. Wenn es stimmt, dass bankfremde Institute viel von den Banken lernen müssen, so trifft dies auch umgekehrt zu, denn die Vergabe und Rückzahlung von Kleinstkrediten weist doch Unterschiede zum gewöhnlichen Bankgeschäft auf. Dieser Wissensaustausch würde unter anderem eine bessere Integration quantitativer Methoden wie etwa eine automatisierte Kreditprüfung (deren Anwendung auf Kleinstkredite gerade beginnt) und vertrauensfördernder Gespräche ermöglichen, von denen der Kleinstkredit und seine Tilgung abhängen. Die Weiterverbreitung bewährter Verfahren ist für die Entwicklung des Kleinstkreditmarktes ein wichtiger Faktor. Für diese Weitergabe werden auch künftig die bestehenden Kapitalgeber wie etwa das Microfinance Centre for Central and Eastern Europe, das European Microfinance Centre und die Banken selbst sorgen.

Neue Einrichtung, neuer Fonds

Zur Bewältigung dieser Herausforderungen empfiehlt die Kommission auf europäischer Ebene die Schaffung einer neuen Einrichtung, die mit entsprechend qualifiziertem Personal den Aufbau bankfremder Mikrofinanzinstitute in den Mitgliedsländern unterstützt. Dann wären die Institute nicht nur Darlehensgeber, sondern auch in der Lage, einen Darlehensnehmer beim Aufbau seines Unternehmens zu betreuen und so zu dessen Erfolg beizutragen. Diese Art Begleitung ist der Schlüssel zum Erfolg von Kleinstkreditgeschäften.

Finanzielle Hilfe käme aus dem vorhandenen Etat für technische Unterstützung des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE). Die neue Einrichtung würde innerhalb des Europäischen Investitionsfonds (EIF) geführt, der bereits im Rahmen des seit 2005 laufenden Programms JEREMIE (Joint European Resources for Micro and Medium Enterprises, siehe Kasten) im Bereich Kleinstkredite mit der Kommission zusammenarbeitet. Die neue Initiative würde sich auf die Erschließung des enormen Potenzials auf der Kleinstkreditseite von JEREMIE konzentrieren.

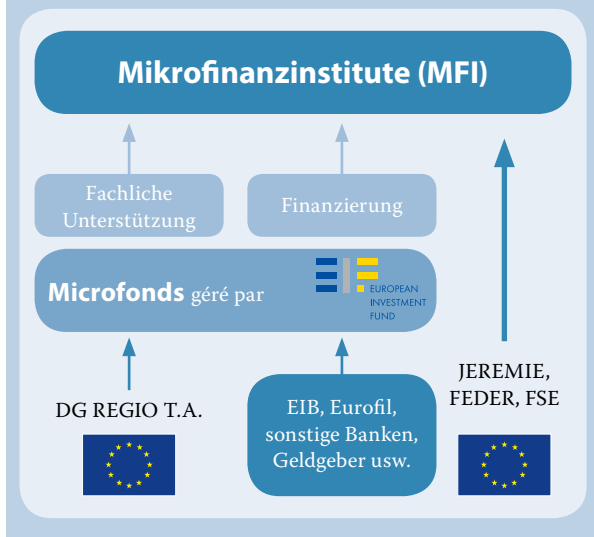
Zur besseren Ausstattung der Kleinstkreditanbieter mit Kapital sieht die Initiative die Gründung eines Mikrofinanzierungsfonds und dessen Ansiedlung bei der neuen Einrichtung vor. Der Fonds würde die Darlehen der MFI mitfinanzieren. Darüber hinaus können die MFI Zuwendungen von Investoren und Spendern erwarten. Der EIB und der EIF haben Interesse am Betrieb der Einrichtung bekundet.



Ein Zentrum für neue Unternehmen in Martin (Slowakei).

Ausgestaltung des Mikrofonds

Die europäische Initiative zur Förderung von Kleinstkrediten sieht neben anderen Maßnahmen die Errichtung eines Fonds vor, der ausgewählten bankfremden Mikrofinanzinstituten (MFI) Gründungskapital und fachliche Unterstützung zur Verfügung stellt. Das würde ihnen helfen, sich selbst zu tragen und Modelle für den gesamten Sektor zu entwerfen. Es ist vorgesehen, dass der Mikrofonds vom Europäischen Investitionsfonds verwaltet wird. Die Grafik zeigt den Mikrofonds im institutionellen Zusammenhang.



Sowohl als Anschubhilfe für die Kleinstkreditvergabe in Europa als auch zur Förderung der längerfristigen Entwicklung sind geeignete Werbekampagnen erforderlich. Darüber hinaus werden Prüfungen vorgenommen. All diese Elemente ergänzen einander und sind wichtig für die Entwicklung eines Umfelds, das die Nachhaltigkeit und die Ausweitung der Kleinstkreditvergabe in Europa begünstigt.

Einbindung in die nationalen Reformprogramme

Die vorgeschlagene Initiative zielt darauf ab, im Rahmen der Lissabon-Strategie die Vergabe von Kleinstkrediten in Europa zu fördern, und führt die Mitteilung der Kommission „Die Finanzierung des Wachstums von KMU – Der besondere Beitrag Europas“ einen Schritt weiter. Sie empfiehlt die Errichtung einer speziellen Förderstruktur, mit deren Hilfe Betreuungsleistungen entwickelt werden sollen, die zur Unterstützung von Kleinstkreditnehmern bei der Gründung eines Unternehmens unverzichtbar sind. Darüber hinaus will sie mit Hilfe eines besonderen Kleinstkreditzeichens und eines Verhaltenskodexes gute Marktpraktiken fördern. Weitere Ziele sind die bessere Versorgung mit Kapital und die Errichtung eines Kleinstkreditfonds zur Unterstützung der Darlehensvergabe durch die MFI. Da die institutionellen und rechtlichen Rahmenbedingungen der Mitgliedsländer für Kleinstkredite vielfacher Änderungen bedürfen, ist es vorstellbar, dass diese Aspekte bei den jährlichen Lissabon-Treffen zur Sprache kommen. Mit anderen Worten: Durch die Einbeziehung dieser Aspekte in die nationalen Reformprogramme wären die Mitgliedsländer zu Reformen aufgerufen, die unter den jeweils herrschenden Umständen zur Förderung der Kleinstkreditvergabe geeignet sind.

Ein Freund namens JEREMIE

Früher erfolgte die Bereitstellung von Kapital und anderen Hilfen für die Kleinstkreditvergabe durch die von den Strukturfonds unterstützten nationalen und regionalen Programme auf weniger strukturierte Weise. Dies galt beispielsweise für benachteiligte städtische Gebiete.

Im Jahr 2005 wurde mit Unterstützung der Europäischen Investitionsbank (EIB) und des Europäischen Investitionsfonds (EIF) das Programm „Joint European Resources for Micro and Medium Enterprises“ (JEREMIE) ins Leben gerufen. Dahinter stand der Gedanke, in den europäischen Regionalprogrammen für die Jahre 2007 bis 2013 den Zugang zu Fremdkapital einschließlich Kleinstkrediten zu verbessern.

Im Rahmen von JEREMIE können die Mitgliedsländer und die Regionen einen Teil ihrer Strukturfondsmittel über den Europäischen Investitionsfonds (EIF) zur Beschaffung von Finanzprodukten verwenden, die speziell für kleinste, kleine und mittelgroße Unternehmen ausgelegt sind. Statt die Zuschüsse als solche weiterzureichen, ist es möglich, sie teilweise in Finanzprodukte umzuwandeln. Diese Produkte können dann verlängert (d. h. zurückgezahlt und erneut verwendet) statt einfach nur einmalig „gewährt“ werden.

Die Palette dieser Finanzprodukte umfasst viele verschiedene Instrumente wie Beteiligungskapital, Wagniskapital, Bürgschaften und fachliche Unterstützung. Gemeinsam ist ihnen der Multiplikatoreffekt, das heißt, jeder Euro aus dem Budget könnte dank dieser Produkte weitere 2 bis 10 Euro hervorbringen.

Der EIF hat die volle Unterstützung der EIB und kann uneingeschränkt deren Kreditkapazität in Anspruch nehmen. Darüber hinaus fungiert der EIF als Sammelstelle für die Finanzmittel aus allen anderen Quellen (internationale, nationale und kommunale Finanzinstitute, Investmentfonds, Kleinstkreditagenturen).

Der EIF arbeitet gemeinsam mit den nationalen und kommunalen Behörden einen auf sie zugeschnittenen Plan aus. Dabei wird den jeweils herrschenden Bedingungen Rechnung getragen. In jedem Fall wird mit der Programmbehörde ein Finanzierungsvertrag geschlossen. Da die Zuschüsse des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung über den EIF in JEREMIE fließen und von dort an die einheimischen Finanzmittler wie etwa Wagniskapitalfonds, Bürgen, Banken und Kleinstkreditgeber weitergeleitet werden, die dann ihrerseits den KMU Kredite gewähren, ist die Zusammenarbeit mit diesen Mittlern unabdingbar.

Weitere Informationen unter: www.eif.org



Die zwei Gründerinnen der Firma Faraway Foods, eine Ausgründung des Loughry College mit Beihilfen aus dem EFRE im Rahmen des Programms PEACE.

Nachhaltige Entwicklung und regionale Entwicklung – von der klimapolitischen Herausforderung zum energiepolitischen Handeln

Der Klimawandel und seine Auswirkungen auf unser Produktions- und Konsumverhalten rücken immer mehr in den Mittelpunkt einer auf Nachhaltigkeit zielenden Entwicklungspolitik. Aus diesem Grund ist der Klimawandel von zentraler Bedeutung für die regionale Entwicklung. Er stellt für die europäischen Regionen eine beispiellose Herausforderung dar, aber auch eine Chance für Innovationen und die Schaffung neuer Arbeitsplätze.



■ Eine große Photovoltaik-Anlage erzeugt 530 MWh Strom aus Sonnenenergie in Blons (Österreich).

Der Begriff „nachhaltige Entwicklung“ steht für eine ausgewogene Berücksichtigung wirtschafts-, gesellschafts- und umweltschutzpolitischer Interessen. Eine nachhaltige Entwicklung ist schon seit langem wesentliches Ziel der europäischen Politik. Derzeit gewinnt jedoch eine einzelne Herausforderung die Oberhand: der Klimawandel¹. Auch wenn er seine Ursachen in allen wichtigen Wirtschaftszweigen (Verkehr, Immobilien, Industrie und Landwirtschaft) hat und die gesamte Umwelt (Luft, Wasser, Boden, biologische Vielfalt) beeinflusst, so ist doch der Energieverbrauch ein in jeder Hinsicht wesentlicher Faktor. Denn die Energieerzeugung hängt in hohem Maße von fossilen Brennstoffen ab, die nicht nur maßgeblich zum

Treibhauseffekt beitragen, sondern auch nur begrenzt vorhanden sind. Folglich ist die EU auf den Import von Energieträgern angewiesen, deren Preise stark schwanken können.

Sinnvollerweise gehören Energie und Klimawandel deshalb zu den sieben Herausforderungen, die in der vom Rat der Europäischen Union im Jahr 2006 beschlossenen EU-Strategie für nachhaltige Entwicklung (SDS) aufgeführt sind. Die übrigen fünf sind: nachhaltiger Verkehr, nachhaltiger Konsum und nachhaltige Produktion, Naturschutz, Gesundheit, soziale Einbeziehung und demographische Entwicklung sowie globale Armut.

(1) Grünbuch der Kommission an den Rat, das Europäische Parlament, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen – Anpassung an den Klimawandel in Europa – Optionen für Maßnahmen der EU (KOM(2007) 354 endgültig); und das Projekt „PESETA“ – Auswirkungen des Klimawandels in Europa: <http://peseta.jrc.es/>

Der erste Bericht der Kommission zur EU-Strategie für nachhaltige Entwicklung

Am 22. Oktober 2007 legte die Europäische Kommission ihren ersten Fortschrittsbericht zur SDS vor². Daraus ist ersichtlich, dass die Fortschritte auf diesem Gebiet nur moderat ausgefallen sind. Ermutigender stellen sich die politischen Entwicklungen auf europäischer und nationaler Ebene dar, insbesondere im Bereich Energie und Klimawandel. Zu den wichtigen Maßnahmen auf europäischer Ebene zählt die vom Rat im März 2007 beschlossene neue integrierte Politik. Nahezu alle

Mitgliedstaaten haben Strategien zur Bekämpfung des Klimawandels beschlossen.

Im Gegensatz zu anderen Wirtschaftszweigen und trotz sparsamerer Fahrzeuge steigen die vom Verkehr verursachten Treibhausgasemissionen im Gleichklang mit dem BIP. Im produzierenden Gewerbe lässt sich der Gesamtfortschritt nur schwer beurteilen. Es gibt zwar immer mehr Unternehmen, die nachhaltige Produkte und Dienstleistungen anbieten, und immer mehr Initiativen zur Förderung von umweltfreundlicher Technik oder zur Einführung von Ökozeichen, aber die vorhandenen Möglichkeiten sind bei weitem noch nicht ausgeschöpft. Bei den natürlichen Rohstoffen stellt sich die Lage unterschiedlich dar; in manchen Bereichen wie etwa der Bodenqualität, der biologischen Vielfalt und der Meeresökologie besteht jedoch ernsthaft Grund zur Sorge.



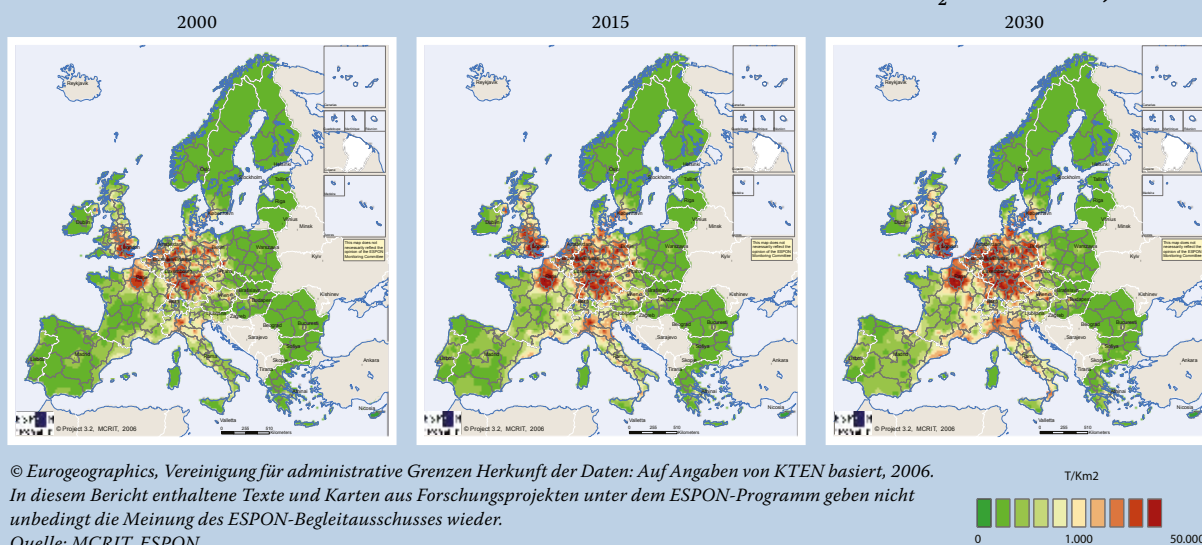
Autofreier Tag in Brüssel (Belgien).

Energie und die Regionen: eine Studie des Europäischen Parlaments

Eine unter Federführung des Europäischen Parlaments durchgeführte Studie³, deren Ergebnisse im Juni 2007 veröffentlicht wurden, hat sich mit der Förderung nachhaltiger und erneuerbarer Energieträger in den kohäsionspolitischen Programmen 2000 bis 2006 der EU-15 und den Projekten der Nationalen Strategischen Referenzrahmen (NSRFs) 2007 bis 2013 der EU-27 beschäftigt.

Im Zeitraum 2000 bis 2006 entsprachen die geplanten Ausgaben für nachhaltige und erneuerbare Energieträger innerhalb von Strukturfondsprogrammen rund einem Prozent der Gesamtausgaben. Die NSRF für den Finanzierungszeitraum 2007 bis 2013 weisen demgegenüber schon eine erhebliche Steigerung auf: Für Investitionen in erneuerbare Energieträger, Energieeffizienz und einen sauberen städtischen Verkehr sind rund 15 Milliarden Euro bereitgestellt worden. Das ist im Vergleich zur Vorperiode

Trendszenario: Auf den zwischenstädtischen Verkehr zurückzuführende CO₂-Emissionen je Fläche



(2) Mitteilung der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament – Fortschrittsbericht 2007 zur Strategie für nachhaltige Entwicklung – (KOM(2007) 642 endgültig).

(3) Europäisches Parlament, Generaldirektion für Interne Politikbereiche der Union: Nutzung nachhaltiger und erneuerbarer Energiequellen im Kontext der Strukturpolitik 2007-2013 (Juni 2007).



Ein Ölschieferkraftwerk in Estland.

fünfmal mehr als im Rahmen des Konvergenzziels und siebenmal mehr als im Rahmen des Ziels für regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung.

Die Studie des Parlaments bietet 15 Beispiele für bewährte Verfahren und gibt drei allgemeine Empfehlungen: ein erreichbares Ziel setzen, die Vorgehensweise bei nachhaltigen und erneuerbaren Energiequellen stärker strategisch ausrichten und die energiepolitischen Aspekte bei staatlichen Eingriffen in die Wirtschaft besser handhaben.

20 und 20 bis 2020

Am 23. Januar 2003 unterbreitete die Kommission dem Rat und dem Europäischen Parlament einen Vorschlag für eine Richtlinie⁴, mit der Maßnahmen zum Erreichen der im März 2007 vom Rat beschlossenen Energie- und Klimaziele

gefördert werden sollen. In Anbetracht der wirtschaftlichen und ökologischen Gründe für die Nutzung erneuerbarer Energiequellen und der Notwendigkeit zur Stärkung der rechtlichen Rahmenbedingungen schlägt die Kommission ein ehrgeiziges Maßnahmenpaket vor, das den Beginn einer „neuen industriellen Revolution“ markiert.

Mit diesem Maßnahmenpaket sollen bis 2020 folgende Ziele erreicht werden: eine Verringerung der Treibhausgasemissionen für die EU insgesamt um 20 % (bei internationalem Konsens: 30 %) gegenüber 1990; ein Anteil der erneuerbaren Energieträger am Gesamtenergieverbrauch in der EU von 20 % bis 2020 (gegenüber 8,5 % heute); ein Anteil von Biokraftstoffen am Gesamtkraftstoffverbrauch des Straßenverkehrs in Höhe von 10 %, sofern sich der Kraftstoff rentabel herstellen lässt. Ein weiteres Ziel ist die Verbesserung des Emissionshandels.

(4) Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen - 20 und 20 bis 2020 – Chancen Europas im Klimawandel (KOM(2008) 30 endgültig).

Umwelt und nachhaltige Entwicklung in ...

... den strategischen Leitlinien der Gemeinschaft für den Zeitraum 2007-2013

Die vom Rat beschlossenen strategischen Kohäsionsleitlinien der Gemeinschaft¹ sollen den Mitgliedstaaten und Regionen als Wegweiser für „die harmonische, ausgewogene und nachhaltige Entwicklung der Gemeinschaft“ dienen. Viele dieser Leitlinien, von denen zwei im Folgenden ausführlicher behandelt werden, befassen sich mit der Umwelt.

Leitlinie 1.1.: „Stärkung der Anziehungskraft Europas für Investoren und Arbeitskräfte“. Dazu gehören Ausbau und Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur (1.1.1.) sowie die Verbesserung der Umweltbilanz der Verkehrsträger und ihre ausgewogene Verteilung im Sinne des Weißbuchs zur Verkehrspolitik.

In Absatz 1.1.2 („Stärkung der Synergien zwischen Umweltschutz und Wachstum“) heißt es, die Umweltverschmutzung solle vor allem an der Quelle bekämpft werden. Im Sektor Abfallwirtschaft bedeute dies in erster Linie, die Entstehung von Abfall zu vermeiden. Der Rat empfiehlt

- beträchtliche Infrastrukturinvestitionen mit dem Ziel, den europäischen Umweltschutzvorschriften zu genügen und die im Kyoto-Protokoll gemachten Zusagen einzuhalten;
- die Sanierung der Umwelt und die Entwicklung des Natur- und Kulturerbes;
- die Schaffung attraktiver Rahmenbedingungen für Unternehmen;
- die Verhütung von Risiken mittels besserer Bewirtschaftung der natürlichen Lebensgrundlagen;
- eine stärker an konkreten Zielen ausgerichtete Forschung;
- den besseren Einsatz der IKT;
- eine innovativere öffentliche Verwaltung.

Mit Blick auf einen weniger intensiven Einsatz herkömmlicher Energiequellen (1.1.3.) empfiehlt der Rat

- die Förderung von Projekten zur Steigerung der Energieeffizienz und zur Verbreitung von Modellen zur Senkung des Energiebedarfs;
- die Förderung erneuerbarer Energieträger und technischer Alternativlösungen;
- die Konzentration von Investitionen im Bereich herkömmliche Energieträger auf den Netzausbau, sofern eindeutig ist, dass die Marktkräfte versagt haben.

Leitlinie 1.2.: „Förderung des Wissens und der Innovation für Wachstum“. Zur Erleichterung von Innovationen und zur Förderung unternehmerischer Initiative (1.2.2) empfiehlt der Rat, die Stärken der EU auf dem Gebiet ökologischer Innovation zu nutzen und die Einführung von Umweltmanagementsystemen zu fördern.

... den nationalen strategischen Referenzprogrammen und den operationellen Programmen

Die strategischen Kohäsionsrichtlinien für den Zeitraum 2007-2013 sind in die 27 von der Kommission gebilligten „nationalen strategischen Referenzrahmen“ (NSRF) eingeflossen. Die NSRF bilden die Grundlage von 434 operationellen Programmen, die inzwischen nahezu alle genehmigt worden sind.

Bei Investitionen von insgesamt 51 Milliarden Euro geben die genannten Veröffentlichungen das umfassende Bekenntnis

der Mitgliedsländer zu Umweltschutz und Risikovermeidung im Großen und Ganzen wieder. Die kohäsionspolitischen Fördermittel für nachhaltige und erneuerbare Energieträger sowie für einen sauberen innerstädtischen Verkehr belaufen sich im Rahmen der neuen Programme für den Zeitraum 2007 bis 2013 auf 15,2 Milliarden Euro.

... der Initiative „Regionen für wirtschaftlichen Wandel“

Diese Initiative der Kommission hat das Ziel, die Umsetzung der strategischen Leitlinien durch überregionale Zusammenarbeit und Nutzung des Stadtentwicklungsnetzes Urbact zu erleichtern. Dafür sind 327 Millionen Euro bereitgestellt worden. Die Initiative umfasst 30 Prioritätsthemen, von denen 12 den Umweltschutz betreffen.

... den Regelungen der Strukturfonds und des Kohäsionsfonds

Die neuen Regelungen für die Strukturfonds und den Kohäsionsfonds messen den Umweltschutzaspekten einer nachhaltigen Entwicklung mehr Bedeutung bei. In der **allgemeinen Verordnung** finden diese Umweltschutzaspekte in der Definition der Fondsziele und des Fondauftrags (Artikel 3) Erwähnung. Artikel 17 stellt das Handeln der Fonds vollständig in den Rahmen einer nachhaltigen Entwicklung und in das Ziel des Schutzes und der Verbesserung der Umwelt.

In die Regelungen des **Europäischen Fonds für regionale Entwicklung** (EFRE) wurden die auffallen Feldern vorgesehenen Umweltschutzmaßnahmen für die drei neuen Ziele „Konvergenz“ (Artikel 4), „Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung“ (Artikel 5) sowie „Europäische territoriale Zusammenarbeit“ (Artikel 6) aufgenommen.

Artikel 1 der Regelungen des **Kohäsionsfonds** hält fest, dass der Fonds aus dem Wunsch heraus errichtet wurde, den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt im Hinblick auf eine nachhaltige Entwicklung zu stärken. Artikel 2 beschreibt die Neuausrichtung des Fonds auf eine nachhaltige Entwicklung und erklärt die Förderfähigkeit der Bereiche Energieeffizienz und erneuerbare Energieträger.



Umweltschutz geht jeden etwas an.

(1) Entscheidung des Rates vom 6. Oktober 2006 über strategische Kohäsionsleitlinien der Gemeinschaft (2006/702/EG).

Regionale Anpassung an den Klimawandel: eine Herausforderung für die europäische Raumordnungspolitik

Von Ronan Uhel und Stéphane Isoard¹

Es ist unerlässlich, dass in Europa rechtzeitig angemessene und kostengünstige Anpassungsmaßnahmen ergriffen werden, mit deren Hilfe sich die möglichen schädlichen Folgen des Klimawandels für den Menschen und das gesamte Ökosystem vermeiden lassen.



Überschwemmungen sind die ersten sichtbaren Folgen des Klimawandels.

Die schlimmsten Folgen des Klimawandels treffen Europa vielleicht noch nicht in diesem Jahr, vielleicht auch nicht im nächsten. Selbstzufriedenheit können wir uns trotzdem nicht leisten. Die dramatischen Waldbrände in Griechenland und die Überschwemmungen in Großbritannien vom letzten Jahr haben die zerstörerische Kraft der Elemente und ihre verheerenden Folgen für Mensch, Natur und Wirtschaft neu deutlich gemacht. Zwar wird sich der Klimawandel nicht überall in Europa gleich auswirken, aber jüngsten Untersuchungen des überstaatlichen Rats für Klimawandel (Intergovernmental Panel on Climate Change/IPCC) zufolge werden extreme Wetterereignisse aufgrund der Erderwärmung künftig an Häufigkeit und Intensität zunehmen. Selbst wenn man den Ausstoß von Treibhausgasen heute komplett stoppte, würden sich die Klimaveränderungen noch mehrere Jahrzehnte fortsetzen, der Anstieg des Meeresspiegels sogar mehrere Jahrhunderte. Schätzungen zufolge werden die Temperaturen in Europa im Jahr 2100 um zwei bis sechs Grad Celsius höher sein als 1990.

Die Notwendigkeit zur Anpassung: ein regionales und territoriales Problem

Südosteuropa, der Mittelmeerraum und Mitteleuropa werden die negativen Folgen des Klimawandels am stärksten zu spüren bekommen. Dagegen werden die nördlichen und einige westliche Regionen Europas möglicherweise sogar positiv beeinflusst, wenn auch nur für begrenzte Zeit. Das gilt insbesondere für die Land- und Forstwirtschaft. Während die gewerblich genutzten Wälder in Nordeuropa höhere Erträge abwerfen könnten, werden für die Regionen am Mittelmeer und in Mitteleuropa Ernteausfälle erwartet, weil die Anzahl der Dürren zunehmen dürfte. Außerdem wird sich die Waldbrandgefahr in Südeuropa wahrscheinlich erhöhen. Besonders anfällig für die Folgen des Klimawandels sind die Gebietsregionen wie etwa die Alpen. Sie leiden schon heute unter einem über das normale Maß hinausgehenden Temperaturanstieg: Das Abschmelzen der Gletscher und das Auftauen von Dauerfrostböden wird voraussichtlich zu einer Zunahme von Erdbeben und Überschwemmungen führen. In Österreich ist man bereits dabei, diese Risiken und die damit verbundenen Beeinträchtigungen des Wintertourismus zu bewerten. Außerdem prüft man die Anfälligkeit des Landes für die Folgen des Klimawandels und erarbeitet vorbeugende Maßnahmen zur Minimierung der gesellschaftlichen Kosten.

(1) Ronan Uhel ist Leiter im Bereich Spatial Analysis, Stéphane Isoard ist Projektleiter im Bereich Auswirkungen des Klimawandels und Anpassung bei der EEA. Europäische Umweltagentur, Kongens Nytorv 6, 1050 Kopenhagen K, Dänemark. www.eea.europa.eu

Auch für die Küstenregionen könnte der Klimawandel tiefe Einschnitte mit sich bringen, denn er bewirkt ein Ansteigen des Meeresspiegels und eine Zunahme der Häufigkeit und Heftigkeit von Stürmen. Die niederländische Regierung erarbeitet gegenwärtig zusammen mit allen wichtigen Wirtschaftszweigen Pläne zur Eindämmung der Überschwemmungsgefahr an der Küste und im Binnenland. Besonders gefährdet sind auch die Lebensräume und küstennahen Ökosysteme an Ostsee, Mittelmeer und Schwarzem Meer. Dort könnten zahlreiche Feuchtgebiete verloren gehen.

Es ist deshalb unerlässlich, dass die Europäer dies erkennen und rechtzeitig angemessene und kostengünstige Anpassungsmaßnahmen ergreifen, mit deren Hilfe sich die möglichen schädlichen Folgen des Klimawandels für den Menschen und das gesamte Ökosystem vermeiden lassen. Die Verringerung der Anfälligkeit für die Auswirkungen des Klimawandels ist für Staat, Wirtschaft und Gesellschaft in allen Ländern und Regionen der Europäischen Union eine gemeinsame Aufgabe von höchster Dringlichkeit.



Am Fell des Polarfuchses werden die Auswirkungen des Klimawandels bereits deutlich.

verbesserter hydrologischer Modelle zu untersuchen. Nur so können wir grundlegende Fragen stellen wie die, ob der Wassermangel in einer Region auf geringe Niederschläge oder schlechte Bewirtschaftung zurückzuführen ist.

Die politische Diskussion steht zunehmend im Zeichen der volkswirtschaftlichen Kosten des Klimawandels (also der Kosten für das Untätigbleiben). Das ist auch zwingend notwendig, damit geeignete Anpassungsmaßnahmen entwickelt werden können, mit deren Hilfe sich Schäden begrenzen oder Chancen nutzen lassen, die sich aus dem Klimawandel ergeben. Die volkswirtschaftlichen Kosten dienen als gemeinsamer Maßstab für die branchenübergreifende Bewertung und Überwachung und können zum Erkennen wichtiger Problemfelder beitragen. Des Weiteren ist es zur Abrundung unseres Wissens über die Folgen des Klimawandels notwendig, die Anpassungspolitik auf europäischer und nationaler Ebene um eine wirtschaftswissenschaftliche Perspektive zu ergänzen. Da nur sehr wenig über die Höhe der Anpassungskosten bekannt ist, muss dringend weiter an



Die Luftfahrt ist einer der am schnellsten wachsenden Verursacher von Schadstoff- und Kohlendioxidemissionen.

Informations- und Wissenslücken

Politiker und Öffentlichkeit sind auf Informationen über den Klimawandel angewiesen. Eine wichtige Aufgabe ist deshalb die weitere Erforschung des Klimawandels und seiner Folgen für die Regionen, damit die besten Gegenmaßnahmen erarbeitet und ergriffen werden können. Derzeit wissen wir nicht einmal genug, um strategische und koordinierte Maßnahmen auf EU- oder nationaler Ebene, geschweige denn auf regionaler oder kommunaler Ebene ergreifen zu können.

Die Verbesserung unserer Kenntnisse ist deshalb eine unserer Hauptaufgaben. Manche Länder verfügen bereits über nationale Pläne für die Suche nach Schwachstellen und die Ergreifung von Anpassungsmaßnahmen oder haben mit der Ausarbeitung solcher Pläne begonnen (beispielsweise Dänemark, Finnland, Frankreich, Portugal, Spanien, Schweden, die Niederlande und Großbritannien). Ungeachtet dessen müssen wir unsere Anstrengungen auf wichtige Wirtschaftszweige und Umweltthemen ausweiten und geeignete Analyseverfahren wie etwa die Raumplanung einsetzen. Wir benötigen zusätzliche sinnvolle Forschungsvorhaben und aufeinander abgestimmte Analysen, damit wir Datensätze und Rechenmodelle – beispielsweise nachträgliche regionale Aufzeichnungen über das europäische Klima – erstellen können, um den Klimawandel mit Hilfe

der Erhebung von Daten gearbeitet werden, mit deren Hilfe sich eine fundierte, kostengünstige und verhältnismäßige Anpassung bewerkstelligen lässt.

Bewährte Verfahren der zuerst ergriffenen Anpassungsmaßnahmen, insbesondere jener, die den aktuellen extremen Wetterereignissen gewachsen sind, müssen dokumentiert und weitervermittelt werden. Die Europäische Umweltagentur (EEA) hat für wasserwirtschaftliche Maßnahmen der Mitgliedstaaten eine Datenbank errichtet, die jedoch von den zuständigen nationalen Behörden regelmäßig aktualisiert sowie auf neue Mitgliedsländer ausgeweitet und um andere Bereiche ergänzt werden muss. Auch andere internationale Stellen verfügen über unschätzbare Informationen. Beispielsweise besitzen die Vertragsparteien des Rahmenübereinkommens der Vereinten Nationen über Klimaänderungen und der Weltklimarat der Vereinten Nationen umfangreiche Daten über Schwachstellen und Anpassungsmöglichkeiten. Diese Informationen müssen aber auf breiterer Ebene zur Verfügung gestellt werden.

Es ist schon oft vorgekommen, dass Forschungsergebnisse nicht vollständig und nicht so an Politiker und andere Interessierte weitergegeben wurden, dass sie auch verständlich waren. Zwar gibt es auch positive Beispiele, etwa die Projekte ESPACE (European Spatial Planning: Adapting to Climate Events) und BRANCH (Biodiversity Requires Adaptation in Northwest Europe under a Changing Climate) im Rahmen der

EU-Gemeinschaftsinitiative INTERREG, aber alles in allem besteht dringend Bedarf an Projekten, die eine Grundlage für richtige politische Entscheidungen und Instrumente sein können sowie zum Aufbau effektiver transnationaler und subnationaler Netze beitragen werden.

Der politische Zusammenhang und die politischen Perspektiven

Das Grünbuch der Europäischen Kommission zur Anpassung an den Klimawandel (2007)² liefert den Rahmen, innerhalb dessen die Anpassungsmaßnahmen zu koordinieren sind. Die Konsultationsprozesse müssen durchgängig sein, damit gewährleistet ist, dass Europa bei seinen Direktbeihilfen (z. B. Landwirtschafts-, Kohäsions-, Solidaritäts- und LIFE+-Instrumente), bestehenden Gesetzen und neuen politischen Maßnahmen einen ganzheitlichen Ansatz verfolgt. Mit dem Anpassungsgrünbuch begann der anpassungspolitische Prozess der EU, der von einer europäischen Beratergruppe für die Anpassung an den Klimawandel weiter betreut und weiterentwickelt wird, sowie die Ausarbeitung des Anpassungsweißbuchs, das Ende 2008 veröffentlicht werden soll. Darüber hinaus bieten auch andere Dokumente wie etwa die Überschwemmungsrichtlinie (gemeinsame Position von Rat und Europäischem Parlament im Jahr 2007) und die im Juli 2007 von der Europäischen Kommission beschlossene Mitteilung zu Wasserknappheit und Dürren einen ergänzenden und sehr nützlichen politischen Rahmen mit direktem Bezug zu den Folgen des Klimawandels. Eine Mitteilung über die Auswirkungen des Klimawandels auf die menschliche Gesundheit ist in Vorbereitung.

Aus territorialer und regionaler Sicht wird der Anpassung an den Klimawandel wachsende Aufmerksamkeit zuteil. Auf der informellen Ministerkonferenz in Leipzig vereinbarten die für Raumentwicklung zuständigen Minister der EU-Mitgliedstaaten im Mai 2007 eine „Territoriale Agenda der Europäischen Union“ und im November 2007 einen „Aktionsplan für territoriale Kohäsion“, in dem die Anpassung an den Klimawandel ein Kernthema darstellt. In diesem Zusammenhang erarbeitet die Europäische Kommission für das Jahr 2008 gegenwärtig ein Grünbuch zur territorialen Kohäsion. Andere verwandte Dokumente mit territorialer Dimension sind die Richtlinie zur Meeresstrategie, das Blaubuch zur Meerespolitik und die Richtlinie „INSPIRE“ über die Bereitstellung von raumbezogenen Umweltdaten.

In Anbetracht dieser Entwicklungen muss die Europäische Union ihre Verwaltungsstruktur so ändern, dass sie dem funktionsübergreifenden Wesen der Anpassung an den Klimawandel gerecht wird. Tut sie das nicht, gefährdet sie den Anpassungsvorgang in seiner Gesamtheit. Das hat sich im Zuge des Projekts ESPACE ganz deutlich gezeigt. ESPACE bietet konkrete Anpassungsempfehlungen für Politiker, die mit der Bewältigung der Auswirkungen des Klimawandels auf die wasserwirtschaftliche Raumplanung befasst sind. Das Projekt will die Anpassung an den Klimawandel zu einem Kernziel der Raumplanung machen, durch einen Blick über die normale Planungsdauer hinaus das Wissen über Klimagefahren erweitern und die Entwicklung erstklassiger Anpassungsmethoden fördern.

Dieser Projekttyp sollte auf andere wichtige Regionen und Klimaprobleme, beispielsweise Dürren und Wasserknappheit in Südeuropa und im Mittelmeerraum, ausgedehnt werden. Ein erster Schritt wäre die Ausarbeitung von Maßnahmen

gegen die Folgen des Klimawandels sowie ihre Aufnahme in die Politik und bereits bestehende Strategien. Ein Grundbaustein zur Verbesserung von Wasserversorgung und Wasserqualität sowie zur Abmilderung von Überschwemmungsfolgen ist beispielsweise die Wasserrahmenrichtlinie mit ihrem zyklischen Schritt-für-Schritt-Ansatz. Es ist wichtig, dass die Mitgliedsländer der EU jetzt Gespräche darüber vorbereiten, wie sie gewährleisten können, dass der Klimawandel gleich im 2009 beginnenden ersten Zyklus der Pläne zur Bewirtschaftung von Wassereinzugsgebieten berücksichtigt wird. Zudem bedarf es fester Verknüpfungen mit der Raumordnungspolitik, da der Erfolg und die Akzeptanz der Anpassungsmaßnahmen ohne ein starkes Engagement aller Betroffenen nicht gegeben sind. Wichtige Betroffene sind subnationale und kommunale Behörden sowie Unternehmen und Bürger. Vor allem die Raumplanung sollte durch Einhaltung der entsprechenden Rahmenbedingungen dafür sorgen, dass dem Klimawandel Rechnung getragen wird, denn sie hat mit vielen Planungsmaßstäben zu tun und ist in der Lage, Maßnahmen zur Bewertung der Anpassungsfähigkeit zu integrieren und federführend zu ergreifen.



Die Ausarbeitung und Einführung von Anpassungsmaßnahmen ist ein relativ neues Thema.

Die Entwicklung und Ergreifung von Anpassungsmaßnahmen ist ein relativ neuer Aspekt. Die weit reichenden Folgen des Klimawandels für die Natur und die vom Menschen gestaltete Umwelt in allen Wirtschaftszweigen und Regionen werden an anderer Stelle (z. B. bei der Bewirtschaftung von Böden und Ökosystemen) nicht hinreichend berücksichtigt. Diese Zusammenhänge müssen zugunsten einer effizienten und ganzheitlichen politischen Antwort aber hergestellt werden. Dazu sind insbesondere bessere Klimaszenarien auf regionaler Ebene, eine bessere Kenntnis guter Arbeitsmethoden mit Hilfe eines Informationsaustausches, die Einbeziehung sowohl des öffentlichen als auch des privaten Sektors sowie die Gewährleistung des Einklangs zwischen Anpassungsmaßnahmen und anderen Politikzielen notwendig. Wir Europäer müssen die Anpassung an den Klimawandel jetzt und gemeinsam genauso in die Hand nehmen wie die Bekämpfung seiner Folgen. Unser Handeln muss nachhaltig sein, zu den Bekämpfungsstrategien passen und in sie integriert werden. Da alle Gesellschaftsschichten betroffen sind, muss mit neuen Rahmenbedingungen dafür gesorgt werden, dass jede ihren Teil beiträgt.

Auskunft unter: information.centre@eea.europa.eu

(2) Grünbuch der Kommission an den Rat, das Europäische Parlament, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen – Anpassung an den Klimawandel in Europa – Optionen für Maßnahmen der EU (KOM(2007) 0354 endgültig).

Zusammenarbeit der Regionen auf dem Gebiet der nachhaltigen Entwicklung

Von Flora Dewar und Julie Verré¹

Das Netzwerkprojekt „Greening Regional Development Programmes“ (GRDP) hat Ergebnisse gezeitigt, mit deren Hilfe die zuständigen staatlichen Stellen der Bedeutung umweltpolitischer Belange in der kommunalen und regionalen Entwicklung vollständig Rechnung tragen können.



Teilnehmer eines Seminars in Exeter (England) im Jahr 2006.

Jahr für Jahr fließen in Europa mehrere Milliarden Euro in die Entwicklung der Regionen. Dieses Geld bietet die große Chance einer Entwicklung, bei der die Umwelt geschützt oder verbessert wird. Für viele Behörden gestaltet sich dies jedoch nach wie vor schwierig.

Damit die Chance nicht ungenutzt bleibt, wurde im Jahr 2004 das Netzwerkprojekt „Greening Regional Development Programmes“ (GRDP) ins Leben gerufen. Die GRDP-Partner wollen sich für effektivere Regionalprogramme einsetzen, die nachhaltige Ergebnisse für die einheimische Bevölkerung liefern.

Die GRDP-Partner arbeiteten drei Jahre an der Entwicklung von Instrumenten und Methoden, mit deren Hilfe die zuständigen staatlichen Stellen in ganz Europa im Rahmen

der EU-geförderten Entwicklungsprogramme im Zeitraum 2007 bis 2013 – neben eher traditionellen wirtschafts- und sozialpolitischen Zielen – der Bedeutung umweltpolitischer Belange vollständig Rechnung tragen können.

Der Ursprung des GRDP-Projekts

Das paneuropäisch angelegte Netzwerkprojekt GRDP wurde vom EU-Gemeinschaftsprogramm IIIC finanziert. Es entstand aus Gesprächen zwischen einer Kerngruppe von Partnern aus Italien, Österreich, Spanien, Malta, England und Wales. Diese berieten über ihre Erfahrungen bei der Einbeziehung von Umweltaspekten in von den EU-Strukturfonds geförderte Regionalprogramme. Zwar heißt es in den Bestimmungen der EU über die Nutzung

(1) Referent für Außenbeziehungen bzw. GRDP-Projektleiter. Environment Agency for England and Wales, Manley House, Kestrel Way, Sowton Industrial Estate, Exeter EX2 7LQ, UK. www.envisionsw.org

von Strukturfonds, dass Umweltschutz und nachhaltige Entwicklung den Kern von Entwicklungsprogrammen bilden sollten, die praktische Umsetzung fällt jedoch vielen Regionen schwer. Mit dem GRDP-Projekt sollte diesen Regionen geholfen werden.

An dem Projekt beteiligten sich 39 sehr unterschiedliche Partner. Zu ihnen gehörten kommunale, regionale und nationale Behörden, Umweltbehörden, Entwicklungsagenturen und Forschungsinstitute aus acht Mitgliedsländern der EU. Ausgangspunkt des Projekts war der Wunsch der Partner, voneinander zu lernen und ein einheitliches europäisches Vorgehen bei der Einbeziehung von Umweltaspekten in regionale Entwicklungsprogramme zu finden.

Unter „Einbeziehung von Umweltaspekten“ ist zu verstehen, dass Umweltbelange in jeder Phase der Entwicklung und Ausführung eines Regionalprogramms genauso behandelt werden wie soziale und wirtschaftliche Aspekte. Dafür knüpften die Partner enge Verbindungen zu wichtigen Institutionen und Netzen innerhalb der EU, beispielsweise dem European Network of Environmental Authorities.

Die Ergebnisse des GRDP-Projekts

Bei Projektbeginn wurde in den Partnerregionen eingehend geprüft, welche sinnvollen Arbeitsmethoden und praktischen Lösungen für die Einbeziehung von Umweltaspekten in Programme zur regionalen Entwicklung schon vorhanden waren. Gesucht wurde ferner nach Fallbeispielen für eine erfolgreiche Integration von Umweltaspekten in Strukturfonds- und andere Entwicklungsprogramme. Auf dieser Grundlage bestimmten die GRDP-Partner vier Arbeitsthemen, zu denen vier Fachseminare durchgeführt wurden. Nach den Seminaren wurden Publikationen zu mehreren Punkten der Umweltschutzintegration herausgegeben.

Im Jahr 2006 erstellten die GRDP-Partner den Ratgeber „Handbook on Strategic Environment Assessment (SEA) for Cohesion policy 2007-2013“ (siehe Kasten 1). Dieses

Handbuch der strategischen Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) für die Kohäsionspolitik fand EU-weit großen Anklang.

Charta und Ratgeber

Die wichtigsten Ergebnisse des GRDP-Projekts werden in den neuesten Publikationen zusammengefasst. Dazu gehören die GRDP-Charta und der Ratgeber „Beyond compliance: how regions can help build a sustainable Europe“ („Über die Erfüllung von Rechtspflichten hinaus: Wie die Regionen zum Aufbau eines nachhaltigen Europas beitragen können“).

Die GRDP-Charta richtet sich an alle öffentlichen Einrichtungen in Europa. In ihr werden die wichtigsten Grundsätze mit Bezug auf die wesentlichen Aspekte der Umweltschutzintegration in regionale Entwicklungsprogramme kurz dargestellt. Mit der Unterzeichnung der Charta sichern die Einrichtungen zu, dass sie „auf Programme für eine nachhaltigere regionale Entwicklung hinarbeiten, partnerschaftlich zusammenarbeiten und Umweltprojekte fördern“ werden.

Der in sieben Sprachen erhältliche GRDP-Ratgeber, dem eine CD-ROM mit Fallstudien beigelegt ist, soll der öffentlichen Hand als Hilfe bei der Einbeziehung von Umwelt und Naturschutz in die regionale Entwicklung dienen. Er enthält Datenblätter, Empfehlungen und Beispiele für bewährte Verfahren zu wichtigen Themen der Umweltintegration. Des Weiteren enthält er praktische Vorschläge dafür, wie sich mit Hilfe „grünerer“ Programme und Projekte Kosten sparen und die Effizienz steigern lassen. Zur Verbreitung des Ratgebers fanden in ganz Europa Seminare zu folgenden Schlüsselthemen statt: „Die Umwelt als Konjunkturmotor“, „Strategische Umweltverträglichkeitsprüfung“, „Partnerschaft als Instrument für grüne Programme zur regionalen Entwicklung“ und „So macht man Projekte grün“.

Handbuch der strategischen Umweltverträglichkeitsprüfung für die Kohäsionspolitik

Das „Handbook on Strategic Environment Assessment (SEA) for Cohesion Policy 2007-2013“ enthält Informationen, Hilfen und Verfahrensratschläge für alle, die eine strategische Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) für kohäsionspolitische Programmdokumente ausführen müssen. Es wurde zusammen mit den Leitlinien der Europäischen Kommission in die Internetseite der GD Regionalpolitik als Hilfe für diejenigen gestellt, die mit der Ergreifung europäischer Strukturmaßnahmen befasst sind. Dank der von den Partnern veranlassten Übersetzungen ins Litauische, Griechische, Italienische, Portugiesische, Polnische und Rumänische ist das Handbuch vielfach verwendbar, und viele Behörden aus anderen Mitgliedstaaten haben die UVP-Methode für die neuen operationellen Programme 2007-2013 verwendet. In Griechenland beispielsweise diente es zur Ausführung von drei Umweltverträglichkeitsprüfungen in unterschiedlichen Regionen.

Das Handbuch ist online unter folgender Adresse abrufbar:
http://ec.europa.eu/regional_policy/sources/docoffic/working/doc/sea_handbook_final_foreword.pdf



10 Tipps für grünere Regionen aus dem GRDP-Ratgeber

- 1) Tragen Sie dafür Sorge, dass Umweltschutzziele in alle Programmschwerpunkte und Programmmaßnahmen Eingang finden und in jeder Programmphase beachtet werden.
- 2) Vergewissern Sie sich, dass sich mit grünen Projekten Kosten senken, soziale und wirtschaftliche Chancen eröffnen und Innovationen vorantreiben lassen.
- 3) Ziehen Sie bei Ihren Programmen für landwirtschaftliche und städtische Entwicklung einen nachhaltigeren Ansatz in Betracht.
- 4) Prüfen Sie die Einführung einer ganzheitlichen Stadtbewirtschaftung und akzeptieren Sie die Umweltsanierung als Motor einer nachhaltigen kommunalen Wirtschaftsentwicklung.
- 5) Vergewissern Sie sich, dass die UVP die regionale Entwicklungsplanung stärkt und einen nachhaltigeren Entwicklungsansatz liefert.
- 6) Fördern Sie die partnerschaftliche Zusammenarbeit bei der politischen Kursbestimmung, bei der Programmgestaltung und bei der Projektausführung als unverzichtbare Hilfe für den Programmerfolg.
- 7) Fördern Sie die Einbeziehung von Umweltpartnern, z. B. Umweltbehörden und NRO.
- 8) Würdigen Sie den Einsatz von Netzwerken beim Aufbau der institutionellen Fähigkeiten zur Ausarbeitung europäischer, nationaler und multiregionaler Konzepte, Ziele, Pläne und Programme.
- 9) Arbeiten Sie auf die Einbeziehung von Umweltaspekten in die Gestaltung, Ausführung und Überwachung aller Projekte hin.
- 10) Fördern und verbreiten Sie Informationen über umweltpolitisch erfolgreiche Projekte zur Steigerung der Motivation und des Engagements bei den künftigen Anwendern und Projektbegünstigten.



Die Vorteile einer Zusammenarbeit mit anderen europäischen Regionen

Das Gemeinschaftsprojekt INTERREG IIC war erfolgreich, weil es von starken Partnern in der EU begleitet und von dem internationalen Projektteam bei der Umweltagentur für England und Wales in Exeter entschieden unterstützt wurde. Die Anzahl und Zusammensetzung der Partner ermöglichte einen Austausch über die besten Arbeitsmethoden innerhalb der EU und bot eine Gelegenheit zu Gesprächen über gemeinsame Probleme. Darüber hinaus verlieh sie politischen Verlautbarungen das nötige Gewicht. Die Partner waren in der Lage, auf strategischer Ebene Einfluss auszuüben und das Bewusstsein dafür zu schärfen, dass die Einbeziehung von Umweltaspekten in Entwicklungsprogramme notwendig ist.

Die Projektergebnisse und die Projektarbeit trugen dazu bei, dass einige Partner wegen ihrer Arbeit für eine „grünere“ regionale Entwicklung an Glaubwürdigkeit und Ansehen gewannen. Dank der rechtzeitigen Bereitstellung der GRDP-Unterlagen und des rechtzeitigen Aufbaus des GRDP-Netztes können die Partner und die beteiligten Behörden jetzt zu einem Zeitpunkt Einfluss auf Programme zur regionalen Entwicklung nehmen, zu dem Umweltaspekte insbesondere wegen der Diskussion über den Klimawandel wesentlich mehr Beachtung finden.

Weitere Informationen und die Möglichkeit zum Herunterladen von Handbuch, Ratgeber und Fallstudien unter:

www.grdp.org

GROSSBRITANNIEN

Kommunale Selbstversorgung mit erneuerbaren Energieträgern im Dyfi-Tal in Wales

Gesamtkosten: 675 000 €
EU-Beitrag: 227 000 €

„In einer Zeit wachsenden Widerstands gegen große gewerbliche Windparks in Mittelwales sollte dieses Projekt den Einheimischen beim Bau eigener kleiner Anlagen für die Energieerzeugung aus erneuerbaren Quellen helfen. Man hoffte, das Verständnis und die Unterstützung für erneuerbare Energieträger dadurch fördern zu können, dass man deren Vorzüge auf kommunaler Ebene maximal ausnutzte. Mit Unterstützung des Rates der Grafschaft Powys, der walisischen Regierung und der Firma Dulas Ltd wurden 16 Vorhaben mit Beihilfen und zeitlichen Zugeständnissen für die Geschäftsentwicklung gefördert, darunter das Wasserkraftwerk eines Bergbauern mit einer Leistung von 100 kW. Die neu gegründete Genossenschaft Bro Dyfi Community Renewables hat zwei Windkraftanlagen mit einer Leistung von 75 kW bzw. 500 kW erbaut. Das Geschäftsführungsorgan ecodyfi hat sich zu einem gemeinnützigen Unternehmen gewandelt, das eine nachhaltige Erneuerung des Gemeinwesens im Dyfi-Tal fördert.“

Andy Rowland, Manager / Trefnydd, ecodyfi
andy.rowland@ecodyfi.org.uk
www.ecodyfi.org.uk

GRIECHENLAND

Ausbeutung eines Erdwärmefelds in der Bucht von Thessaloniki

Gesamtkosten: 75 600 €
EU-Beitrag: 37 800 €

„Das Gebiet östlich der Stadt Thessaloniki ist schon aus Zeiten der alten Griechen und der Römer für seine warmen Quellen bekannt. In jüngerer Zeit wurde die darin gebundene Energie allerdings nie richtig genutzt. Deshalb wurde im Rahmen des Projekts SEIPLD ein Plan zur Nutzung des Erdwärmefelds als Motor für die Entwicklung der heimischen Wirtschaft ausgearbeitet. Die Nutzung von Erdwärme zum Beheizen öffentlicher Gebäude, zum Beheizen von Äckern und Treibhäusern sowie von Heilbädern ist erfolgreich realisiert worden. Darüber hinaus besteht ein Pilotprojekt für eine Erdwärmeheizung in einem olympiatauglichen Schwimmbad in der Ortschaft Thermi. Das Pilotprojekt ermöglicht Einsparungen von 200 Tonnen Öläquivalent und eine Reduzierung der CO₂-Emissionen um 420 Tonnen pro Jahr. Zudem wird es der Gemeinde neue Arbeitsplätze und Freizeiteinrichtungen bringen.“

Kostas Konstantinou, Technischer Leiter bei Regional Energy Agency of Central Macedonia (REACM) ANATOLIKI S.A. (regionale Energieagentur der Region Zentral-Mazedonien)
reacm@anatoliki.gr

ÖSTERREICH

„Energievision Murau“: 100 % Energie aus erneuerbaren Quellen bis 2015

Gesamtkosten: 200 000 €
EU-Beitrag: 100 000 €

„Das Projekt ‚Energievision Murau‘ in der Steiermark zeichnet sich durch die Einbeziehung aller regionalen Energieverbraucher einschließlich der privaten Haushalte aus. Im Rahmen des Projekts finden regionale Energiekonferenzen statt, an denen jeder teilnehmen kann. Die Teilnehmer kommen aus allen Wirtschaftszweigen (Planung, Installation, Energieversorgung, Netzbetrieb, Biogas-Wärmeanlagen, Land- und Forstwirtschaft, städtische und sonstige Behörden usw.). Sie erarbeiten zusammen gemeinsame Ziele, eine gemeinsame Strategie und gemeinsame Projekte. In mehreren der themenbezogenen Arbeitsgruppen – Biogas, Sonne, grüner Strom und Energieeffizienz – sind Pilotmaßnahmen und Investitionsvorhaben geplant. Seit 2002 hat sich der Anteil erneuerbarer Energieträger an der Wärmegewinnung von 47 % auf 56 % erhöht. Gleichzeitig liegt die Erzeugung von grünem Strom bei 120 % des Bedarfs. Aufgrund des Projekts ist sowohl die Zahl der Arbeitsplätze als auch die Höhe der Einkommen in der Region gestiegen.“

Josef Bärnthaler,
 Energieagentur Judenburg-Knittelfeld-Murau
josef.baerenthaler@eao.st

URBACT

SUDEST – Nachhaltige Entwicklung von Küstenstädten

Gesamtkosten: 296 000 €
EU-Beitrag: 150 000 €

„Die transnationale Partnerschaft SUDEST bestand von Oktober 2005 bis Juli 2007. Ihr Ziel war die Ermittlung bewährter Verfahren für die nachhaltige Entwicklung von Küstenstädten. Dazu wurden alle Aspekte von der Hafenbewirtschaftung bis zur Entwicklung von Hafengebieten und ihrer Umgebung geprüft. Neben der Stadt Neapel als federführender Kommune waren an dem Projekt vier EU-Städte und zwei Städte aus Drittländern, eine Hafenbehörde, eine Gesellschaft für Stadterneuerung und vier Universitäten beteiligt. Der Abschlussbericht enthält eine Kurzbeschreibung der ausgeführten Arbeiten und ist eine nützliche Hilfe für Küstenstädte, die geeignete Lösungen für eine nachhaltige Entwicklung suchen.“

Gaetano Mollura, Leiter der Projekteinheit für das Programm URBACT, Gemeinde Neapel, Italien
urban@comune.napoli.it
www.urbact.eu/sudest

Polens operationelles Programm „Infrastruktur und Umweltschutz 2007-2013“

Steigerung der Anziehungskraft Polens und seiner Regionen



Jaroslaw Orlinski, stellvertretender Direktor, Abteilung zur Koordinierung von Infrastrukturprogrammen, Ministerium für regionale Entwicklung, Polen

Das operationelle polnische Programm „Infrastruktur und Umwelt 2007-2013“ ist das bislang größte kohäsionspolitische Vorhaben in der Geschichte der Europäischen Union. Es erhält nicht nur einen erheblichen Anteil der Fördermittel aus dem Kohäsionsfonds für Polen (über 22 Milliarden Euro), sondern auch EFRE-Mittel in beträchtlicher Höhe (5,7 Milliarden Euro).

Mehr als 66 % der Mittel des operationellen Programms (OP) sind für die Ziele der Lissabon-Strategie für Wachstum und Arbeitsplätze vorgesehen. Von den verbleibenden Mitteln entfällt der größte Teil auf Umweltschutzmaßnahmen. Eine solche Mittelkonzentration legt die Schlussfolgerung nahe, dass das OP voraussichtlich nicht nur in Polen, sondern in ganz Europa große Wirkung entfalten wird.

Das Programm wird zu Infrastrukturinvestitionen in sechs Bereichen beitragen: Umwelt, Verkehr, Energie, Hochschulen, Kultur und Gesundheitswesen. Sein Hauptziel besteht darin, die Anziehungskraft Polens und seiner Regionen für Investoren durch den Ausbau der technischen Infrastruktur zu steigern und gleichzeitig den Schutz und die Verbesserung der Umwelt, der Gesundheit und des Kulturerbes fortzusetzen und den territorialen Zusammenhalt weiter zu stärken.

Das Programm ist zwar breit angelegt, entbehrt aber nicht der Klarheit: Alle Schwerpunkte haben eindeutig festgelegte Ziele und konzentrieren sich auf die Maßnahmen mit dem höchsten Nutzwert. Außerdem ergänzen sie einander, da ihnen das gemeinsame wirtschaftliche Ziel zugrunde liegt, die Attraktivität Polens für Investoren zu steigern. Dieses gemeinsame Ziel bedarf jedoch eines ganzheitlichen Ansatzes, da der Ausbau der Verkehrsinfrastruktur allein unzureichend wäre, wenn nicht die Umweltschutz-Infrastruktur und die Energieversorgung mit der Entwicklung Schritt hielten. Soll das Wirtschaftswachstum nachhaltig sein, dann müssen Umweltschutzüberlegungen von Beginn an zu den horizontalen Zielen des OP gehören.

Wie im strategischen Teil des operationellen Programms Infrastruktur und Umwelt 2007-2013 dargelegt, wird der Grundsatz der nachhaltigen Entwicklung durch die Förderung von Investitionen verwirklicht, die unmittelbar oder mittelbar dem Umweltschutz zugute kommen.

- Zu den Initiativen, die unmittelbar dem Umweltschutz zugute kommen, werden Projekte auf folgenden Gebieten gehören: Behandlung von festen Abfallstoffen und Abwasser; Sanierung von Mülldeponien; Erhöhung der Umweltsicherheit; Anpassung der polnischen Unternehmen an die Erfordernisse des Umweltschutzes und Schaffung finanzieller Anreize für über diese Erfordernisse hinausgehende Maßnahmen; Erhaltung der biologischen Vielfalt und Bewahrung von Schutzgebieten; Förderung sozialer Einstellungen, die zum Umweltschutz beitragen.
- Zu den Initiativen, die mittelbar dem Umweltschutz zugute kommen, werden Maßnahmen und Projekte zur Unterstützung umweltfreundlicher Verkehrsträger gehören, d. h. Schienenverkehr, Seeschifffahrt, öffentlicher Nahverkehr in Großstädten, multimodaler Verkehr, Binnenschifffahrt und intelligente Verkehrssysteme. Für eine besondere, ausschließlich dem umweltfreundlichen Verkehr dienende Schwerpunktmaßnahme sind 7,6 Milliarden Euro aus dem Kohäsionsfonds bereitgestellt worden. Darüber hinaus sind Projekte zur Verringerung des Energieverbrauchs und zur Nutzung erneuerbarer Energiequellen geplant.

Bei der Vorbereitung, Prüfung und Ausführung von Projekten im Rahmen der verschiedenen Schwerpunktmaßnahmen werden gleichzeitig auf horizontaler Ebene der vernünftige Verbrauch von Energie, der Energiewirkungsgrad, die Nutzung von Energie aus erneuerbaren Quellen, die Ergreifung von Verringerungs- und Ausgleichsmaßnahmen sowie Faktoren wie etwa die Förderung kohlenstoffarmer Lösungen berücksichtigt.

Das operationelle Programm „Infrastruktur und Umweltschutz 2007-2013“ wird sowohl zur Einführung der festgeschriebenen Umweltschutzziele



Montage von Tiefbrunnenpumpen in der neuen Wasserfiltrieranlage in Dodrzyca (Polen).

der EU als auch zur Einführung nationaler Strategien und Ziele mit Bezug auf den Umweltschutz in Polen beitragen. Mit der Realisierung des OP wird man auch der Erfüllung des „Abkopplungsgrundsatzes“ näher kommen. Darunter ist die Abtrennung des Emissionsniveaus oder des Energiebedarfs von der wirtschaftlichen Entwicklung zu verstehen.

Darüber hinaus wird Polen durch das Programm in die Lage versetzt, die 2007 von der Europäischen Union gemachten Vorgaben für den Ausstoß von Treibhausgasen zu erfüllen.

Vorgesehen sind die Förderung von Maßnahmen zur Erhöhung des Wirkungsgrads in der Energieversorgung, die Förderung erneuerbarer Energieträger, Investitionen in nachhaltige Verkehrssysteme und bei Bedarf die Untersuchung des Einflusses bestimmter Tätigkeiten auf die Minderung der Schadstoffemissionen.

Mehr Informationen unter:
<http://www.pois.gov.pl>

Der Osten Englands als Vorreiter für Nachhaltigkeit und erneuerbare Energieträger

Auf gutem Weg zu einer kohlenstoffarmen Wirtschaft

Der Osten Englands gehört zu den wenigen europäischen Regionen, die zum Erreichen der ehrgeizigen Ziele fähig sein dürften, die von der Europäischen Kommission in ihrem neuen Vorschlagspaket zur Bekämpfung des Klimawandels und zur Förderung erneuerbarer Energiequellen in der EU formuliert worden sind. Zudem ist es die einzige Region mit einem 110 Millionen Euro starken maßgeschneiderten EFRE-Kohlendioxidprogramm, das zu einer Verringerung der CO₂-Emissionen und zum Wirtschaftswachstum beitragen wird.



EU-Kommissarin Danuta Hübner auf der Baustelle des OrbisEnergy-Gebäudes im Januar 2008.

„Diese Initiative ist ein Aushängeschild“, sagte Richard Ellis, Vorsitzender der East of England Development Agency (EEDA, Entwicklungsagentur für Ostengland), bei einem Rundgang über die Baustelle des OrbisEnergy-Gebäudes einer Besuchergruppe, der auch EU-Kommissarin Danuta Hübner angehörte. Für das Projekt wurden 6,3 Millionen Euro aus dem Programm EFRE Ziel 2 bereitgestellt. In optimaler Lage am Ness Point in der Ortschaft Lowestoft, dem östlichsten Punkt Großbritanniens, soll OrbisEnergy der zentrale Standort für Energie aus Wind-, Wellen- und Gezeitenkraft in Ostengland werden. Auf Pfählen stehend und nur 30 Meter von der Küste entfernt, bietet das fünfstöckige Gebäude einen weiten Blick aufs Meer. Als Schutz vor dem rauen Wetter verfügt OrbisEnergy über eine regendurchlässige und das helle Licht der Küstensonne abweisende Verkleidung. Temperaturschwankungen werden von einer sich selbst regulierenden Solarheizungsanlage ausgeglichen, so dass der Betonbau nur wenig Energie benötigt.

Der Strombedarf wird von einem Brenner gedeckt, der mit Holzhackschnitzeln aus der Region betrieben wird. Wenn OrbisEnergy im Sommer dieses Jahres

seine Tore öffnet, wird das Gebäude flexible Büro-, Unterkunfts- und Konferenzräume für 30 kleine und mittlere Unternehmen aus dem schnell wachsenden Segment erneuerbare Energieträger bieten. „OrbisEnergy wird ein Wachstumsmotor werden und bei der Erneuerung der Gegend um Lowestoft und Great Yarmouth eine wichtige Rolle spielen“, sagte Lisa Davidson, Kommunikationsbeauftragte der EEDA.

Großbritannien führend in erneuerbarer Energie

Ostengland nimmt auf dem britischen Markt für seegestützte Windkraftanlagen eine Führungsrolle ein. Die Region liegt zwischen zwei großen Entwicklungsgebieten für küstennahe Windparks (Greater Wash und Thames Estuary). In diesen Gebieten sollen in den nächsten acht Jahren Windräder mit einer Kapazität von über 6 GW entstehen. Die Häfen von Lowestoft und Great Yarmouth liegen genau in der Mitte. Sie wurden auch schon beim Bau des küstennahen Windparks Scroby Sands



Montage eines Windrades auf See.

genutzt, einem der ersten gewerblichen Parks dieser Art in Großbritannien. Scroby Sands erzeugt genug Strom für über 36 000 Haushalte und verringert den Kohlendioxidausstoß um 65 000 Tonnen.

Man kann die Region auch als „Gashauptstadt“ Großbritanniens betrachten, denn von Lowestoft und Great Yarmouth aus werden seit 40 Jahren die Gasfelder in der südlichen Nordsee versorgt. „Die Fähigkeiten und Kenntnisse der Gaswirtschaft lassen sich ohne Umweg auf küstennahe Windkraftwerke übertragen. Mehrere in der Öl- und Gasgewinnung tätige Firmen aus der Region haben es geschafft, sich auch in der Windenergie ein Standbein aufzubauen, erklärt der Vorsitzende der EEDA, Richard Ellis.

Der Osten Englands kann die höchste Energieausbeute aus erneuerbaren Quellen in ganz England vorweisen und ist entschlossen, spätestens 2010 14 % seines Stroms aus erneuerbaren Quellen zu gewinnen. Im vorläufigen Plan für die Region bis 2020 ist für erneuerbare Energieträger ein Anteil von 44 % genannt. Beide Werte liegen weit höher als die Ziele auf nationaler Ebene. Von den 371 MW Leistung, die küstennahe Windparks bis 2010 für Ostengland liefern sollen, sind 288 MW bereits installiert oder genehmigt.

Längerfristigen Schätzungen zufolge ließe sich ein Viertel des britischen Strombedarfs mit Wellen- und Gezeitenkraft decken. Die Entwicklung auf diesem Gebiet steckt jedoch noch in den Kinderschuhen. Die Region Ostengland investiert mehr in Forschung und Entwicklung als alle anderen Regionen Großbritanniens und auch mehr als die meisten Regionen in anderen Ländern Europas. Folglich ist die Region auch in der Lage, geeignete Dienstleistungen für den aufstrebenden Sektor Meeresenergie zu erbringen.



Drei Fragen an David Morrall

Leiter der Europa- und
Auslandsabteilung
bei der East of England
Development Agency (EEDA)

- **David Morrall, die meisten Regionen der EU messen der kohlenstoffarmen Volkswirtschaft keine so große Bedeutung bei. Aus welchen Gründen ist das in Ostengland anders?**

Dahinter steht ein überzeugendes wirtschaftliches Argument. Die Region besitzt ein wachsendes und sehr gesundes Spektrum an Unternehmen, die im Bereich erneuerbare Energiequellen und Umweltschutz tätig sind. Diese Firmen sind führend in der Entwicklung technischer Neuerungen, und es ist wichtig, dass wir diesen Sachverstand als eine wichtige Säule der regionalen Wirtschaft nutzen und erweitern. Außerdem ist Ostengland eine tiefer gelegene Region und als solche von den Auswirkungen des Klimawandels besonders betroffen. Es ist also lebenswichtig für uns, unser Wirtschaftswachstum langfristig auf nachhaltige Art und Weise zu erzielen.

- **Sie waren Direktor für Europa bei GO-East, der federführenden Behörde für das ostenglische Programm „Objective Two 2000-2006“. Jetzt arbeiten Sie bei der EEDA an dem neuen Wettbewerbsfähigkeitsprogramm für den Zeitraum 2007-2013. Welche Berührungspunkte sehen Sie zwischen den zwei Programmen in Bezug auf die kohlenstoffarme Wirtschaft?**

Das Programm „Objective Two“ wurde 1999 entwickelt. Seither hat sich das Klima in jeder Hinsicht gewandelt. Hätten wir damals ein Programm mit dem Ziel der Kohlendioxidreduzierung vorgeschlagen, wären wir wohl bestenfalls auf gemischte Resonanz gestoßen. Trotzdem ist uns schon seit einiger Zeit klar, wie wichtig dieses Programm für den Osten Englands ist – daher auch unsere Investitionen über „Objective Two“ in Projekte wie OrbisEnergy und unser starkes Engagement zugunsten des übergreifenden Themas Nachhaltigkeit in diesem Programm. Dementsprechend haben wir für unser neues EFRE-Wettbewerbsfähigkeitsprogramm 2007-2013 eine gute Grundlage, die sich mit den Zielen der Lissabon-Strategie, auf der die neue EU-Programmperiode beruht, in großen Teilen deckt.

- **Ostengland liegt nur einen Katzensprung von London entfernt. Es ist eine dynamische Region, für die bis 2021 ein erhebliches Wirtschaftswachstum erwartet wird. Lässt sich dieses starke Wachstum mit den Zielen für die kohlenstoffarme Volkswirtschaft vereinbaren?**

Die zwei Ziele gehen Hand in Hand. Starkes Wachstum bringt besondere Herausforderungen und Chancen mit sich. Mit dem neuen Programm wollen wir einerseits die Nachhaltigkeit des Wachstums gewährleisten, andererseits aber auch die wirtschaftlichen Chancen maximal nutzen. Wir sind ferner darauf bedacht, die Politik in diesem Zusammenhang führend mitzugestalten. Deshalb möchte ich entschlossen dafür sorgen, dass wir unsere Kenntnisse und Erfahrungen aus dem neuen Programm an andere Regionen und unsere Partner in ganz Europa weitergeben.

Einen Konsens erzielen

In der Region Ostengland, deren dynamische wirtschaftliche Entwicklung zum Teil auf die enge Verflechtung mit London zurückzuführen ist, leben 5,5 Millionen Menschen. Schätzungen zufolge wird sich der Konjunkturaufschwung bis 2021 noch beschleunigen. Das bedeutet 500.000 weitere Neubauten, 450.000 zusätzliche Arbeitsplätze und einen Bevölkerungszuwachs auf sechs Millionen. Geographisch weist der Osten Englands wegen seiner niedrigen Lage, der relativ geringen jährlichen Niederschläge und der Küstenlänge eine besondere Anfälligkeit für die Auswirkungen des Klimawandels auf. Deshalb bedarf es eines Wachstums, das der Kohlendioxidbilanz in der Region Rechnung trägt. Die Förderung einer kohlenstoffarmen Wirtschaft wird zur Verwirklichung eines wünschenswerten, nachhaltigen und unverzichtbaren Wachstums für den Zeitraum 2007-2013 und darüber hinaus beitragen.

Vom 3. September bis 26. November 2007 wurde ein breit angelegter Konsultationsprozess über den Entwurf des regionalen Wirtschaftskonzepts durchgeführt. Eine Umfrage der EEDA erbrachte mehr als 200 schriftliche Antworten. Gut 270 Personen aus rund 180 Unternehmen nahmen an Seminaren teil. Darüber hinaus fanden 80 Beratungssitzungen mit Vertretern kommunaler und regionaler Partnergruppen und Partnerbehörden statt. Alle Reaktionen wurden von der EEDA zusammengetragen und gespeichert.

„In den nächsten Monaten wollen wir den Folgerungen aus den neuen Daten und Analysen Rechnung tragen“, sagt Richard Ellis. „Unter anderem werden wir untersuchen, welchen Einfluss unterschiedliche Wachstumsraten auf die Umwelt und die Wohnungssituation ausüben. Diese Zusammenarbeit mit unseren Partnern stellt eine enorme, aber sehr interessante Aufgabe dar. Sie soll in einen Plan zur Produktivitätssteigerung in der Region und zur Bekämpfung des Klimawandels münden, damit die Unternehmen die Chancen einer kohlenstoffarmen Wirtschaft auch nutzen können.“ Die Reaktionen auf die Umfrage werden derzeit ausgewertet, und das endgültige Konzept für die regionale Wirtschaft soll kommenden Sommer vorgelegt werden. In Anbetracht der britischen Strategie für nachhaltige Entwicklung¹, der neuesten EU-Vorschläge zur Verringerung der Kohlendioxidemissionen und des Vertrauens in die

Geteilte Nachhaltigkeit im Nordseeraum

Von 2000 bis 2007 war Ostengland zusammen mit anderen Nordseeregionen im Rahmen der Gemeinschaftsinitiative INTERREG IIIB an zwei Kooperationsprojekten auf dem Gebiet nachhaltige Entwicklung beteiligt.

Im Rahmen des Projekts **POWER** (Pushing Offshore Wind Energy Regions) wurden Einrichtungen und Unternehmen aus in der Windenergie führenden Regionen im „North Sea Competence Network“ zusammengeführt. Dazu gehörten der Rat der Grafschaft Suffolk, die Partner der Region Ostengland sowie Einrichtungen in Deutschland, Dänemark, den Niederlanden und Flandern. Das Projekt erwarb sich einen exzellenten Ruf und wurde auf vielen Seminaren und Konferenzen auf regionaler, nationaler und europäischer Ebene vorgestellt. Nennenswerte Erfolge für die Region Ostengland waren die Gründung eines starken internationalen Verbundes für seegestützte Windkraftanlagen, mehrere internationale Veranstaltungen zum Aufbau und zur Pflege von Kontakten, die Veröffentlichung von Studienergebnissen zur Logistik bei seegestützten Windkraftanlagen und die Einrichtung eines Meisterlehrgangs im Fach seegestützte Windkraftanlagen am Lowestoft College.

SmartLIFE (Smart Lifestyle Innovations for our Environment) war ein internationales Pilotprojekt unter Federführung des Rates der Grafschaft Cambridgeshire in Zusammenarbeit mit der Umweltbehörde der schwedischen Stadt Malmö und der TuTech Innovation GmbH in Hamburg. SmartLIFEs Schwerpunkt lag auf dem Mangel der Bauwirtschaft an Fachleuten und Kapazitäten für die Errichtung von Wohngebäuden, die bezahlbar und umweltfreundlich zugleich sind. Zu diesem Zweck wurden im Rahmen des Projekts zahlreiche Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen angeboten, die rund 2500 Teilnehmer fanden. SmartLIFE wurde mit mehreren Umweltschutzpreisen ausgezeichnet und steht in der engeren Wahl für die GD RegioStars-Preise 2008.



„Innovation and Business Base“ in Luton.

(1) Außenpolitisch hat sich Großbritannien im Vertrag von Kyoto verpflichtet, seinen Ausstoß an Treibhausgasen im Zeitraum 2008 bis 2012 um 12,5 % zu senken. Innenpolitisch hat man sich zwei weitere, ehrgeizigere Ziele gesteckt: die Reduzierung der Kohlendioxidemissionen um 20 % bis 2010 und um gut 60 % bis 2050 im Vergleich zu 1990.



Die im Eigentum von Landwirten stehende Getreidelagerungsfirma Camgrain wird ihre Kohlendioxidemissionen um 1000 Tonnen pro Jahr verringern.

Fähigkeiten der Region zur Förderung der entsprechenden Entwicklung stößt das Ziel einer kohlenstoffarmen Wirtschaft in der Region auf weit reichende Zustimmung.

Umwelt-Cluster in Peterborough

Die Stadt Peterborough (160 000 Einwohner) hat sich vorgenommen, „Umwelthauptstadt“ Großbritanniens zu werden. In Peterborough sind 300 Umweltschutzfirmen und mehrere Umweltschutzorganisationen ansässig, darunter das britische Zentrum für wirtschafts- und umweltpolitische Entwicklung (Centre for Economic and Environmental Development). Diese Häufung von Unternehmen und Organisationen hat einen Umwelt-Cluster entstehen lassen, der zu weitflächigen Erfolgen auf dem Gebiet des Umweltschutzes beigetragen hat. Zu den sehr unterschiedlichen Mitgliedern dieses Clusters gehören die Regierung politisch beratende staatliche Behörden, im Abfallrecycling tätige Firmen, modernste Technik entwickelnde und einsetzende Unternehmen sowie weltweit tätige Beratungsgesellschaften.

Der Cluster zählt 4500 Beschäftigte und erwirtschaftet mehr als fünf Prozent des Beitrags von Peterborough zum britischen BIP. Zur Unterstützung neu gegründeter Unternehmen im Bereich Umweltschutz wurde vor kurzem ein Innovationszentrum eröffnet. In Bahnhofsnahe ist ein „grüner Stadtbezirk“ geplant, in dem 25.000 m² kohlenstoffarme Büroflächen und ein umweltfreundliches Einzelhandelsgeschäft entstehen sollen. Sowohl in Peterborough als auch in Orten wie Lowestoft mit dem „OrbisEnergy“-Zentrum oder Luton mit der „Innovation and Business Base“ spielen diese vom EFRE mitfinanzierten neuen Einrichtungen eine tragende Rolle bei der Sanierung der Stadtteile, in denen sie angesiedelt sind. Ein weiterer wesentlicher Punkt des Konzepts für eine nachhaltige regionale Entwicklung ist der logische Zusammenhang zwischen Infrastrukturaufbau und Stadtsanierung. „Der Osten Englands bildet mit seinen Bemühungen zur Förderung des Wohlstands der Region als kohlenstoffarme Wirtschaft in vielerlei Hinsicht die Speerspitze des Fortschritts“, hält David Morrall fest.

Weitere Informationen: <http://www.eeda.org.uk/>

Das Wettbewerbsfähigkeitsprogramm des EFRE für Ostengland (2007-13)

Die Region Ostengland mit den Grafschaften Bedfordshire, Cambridgeshire, Essex, Hertfordshire, Norfolk und Suffolk wird im Rahmen des „Wettbewerbsfähigkeits- und Beschäftigungsziels“ der EU mit rund 110 Millionen Euro gefördert. Anders als beim vorangehenden Ziel-2-Programm (2000-2006), das lediglich auf eine Neuordnung der Wirtschaft ausgerichtet war, dienen die Fördermittel des neuen EFRE-Wettbewerbsfähigkeitsprogramm für Ostengland der Nutzung von Chancen auf nachhaltiges Wachstum in der gesamten Region.

Das Programm hat im Wesentlichen die folgenden Ziele:

- Förderung des Wissens zur Schaffung von mehr und anspruchsvolleren Arbeitsplätzen im Zusammenhang mit einem geplanten Wirtschaftswachstums in bislang beispielloser Höhe;
- Erleichterung von Innovationen, unternehmerischer Initiative und Wissenserwerb durch Forschung und Entwicklung unter anderem in der Informations- und Kommunikationstechnik;
- Schaffung von mehr und besseren Arbeitsplätzen, Steigerung der Beschäftigtenzahlen, Erhöhung der Flexibilität von Arbeitgebern und Arbeitnehmern sowie Steigerung der Investitionen in Humankapital;
- Realisierung des Wachstumsprogramms auf eine Art und Weise, die dem Kohlendioxidausstoß der Region sowie der Notwendigkeit zu seiner Stabilisierung und Verringerung Rechnung trägt.

Schwerpunkte

Der Gesamthematik entsprechend hat das Programm drei operationelle Schwerpunkte:

- 1) **Förderung von Innovationen und Wissenstransfer zur Steigerung der Produktivität** (37,3 Millionen Euro) - a) Förderung der wirtschaftlichen Verwertung von Ergebnissen aus der starken Forschungstätigkeit in der Region, unter anderem im Bereich „saubere“ Technik, zur Steigerung von Effizienz und Produktivität; b) Förderung der Einführung von Informationstechnologie, die Innovation vorantreiben und zu höherer Produktivität beitragen kann; c) Unterstützung von Unternehmen bei der Zusammenarbeit mit den Hochschulen zur Erleichterung des Wissenstransfers.
- 2) **Förderung der unternehmerischen Initiative und des Unternehmenserfolgs durch Beseitigung von Hindernissen für die Gründung und Erweiterung von Unternehmen** (26,6 Millionen Euro) - a) Erleichterung des Zugangs zu Finanzmitteln für Unternehmen und dabei insbesondere für jene, die sich mit der Reduzierung von Kohlendioxidemissionen befassen; b) Förderung sozial verantwortungsbewusster Unternehmen und dabei insbesondere jener, die sich auf die Reduzierung von Kohlendioxidemissionen konzentrieren; c) Förderung von Unternehmensneugründungen, insbesondere durch unterrepräsentierte Gruppen wie Frauen, ethnische Minderheiten und Migranten; d) Förderung von wachstumsstarken Unternehmen; e) Förderung umweltfreundlicher Technik und erneuerbarer Energiequellen; f) Förderung von Führungs- und Betriebsmethoden, mit deren Hilfe Unternehmen ihren Kohlendioxidausstoß senken können.
- 3) **Gewährleistung einer nachhaltigen Entwicklung sowie eines nachhaltigen Produktions- und Verbraucherverhaltens** (42,6 Millionen Euro) - a) Förderung eines Arbeitsplatz- und Wirtschaftswachstums in städtischen und ländlichen Gebieten, das eine kohlendioxidarme Produktion ermöglicht; b) Förderung eines kohlendioxidbewussten Ansatzes bei Bau- und Erschließungsvorhaben; c) Förderung einer effizienten Nutzung von Rohstoffen und Minimierung des Abfallvolumens.

Kontakt: erdf@eeda.org.uk

„Nachhaltigkeit für El Hierro“ – ein innovatives Projekt mit dem Ziel, die Kanarischen Inseln bei der Energieversorgung unabhängig zu machen



Juan Ruiz Alzola, Direktor des Technologischen Instituts der Kanarischen Inseln (ITC)

El Hierro ist gleich den anderen Kanarischen Inseln völlig von externen Energiequellen abhängig. Die Stromversorgung der Insel wird durch Kraftwerke gewährleistet, die mit umweltbelastenden fossilen

Brennstoffen betrieben werden. Obwohl die Insel über weitreichende Ressourcen in Form von Windenergie verfügt, erweist sich die Nutzbarmachung des enormen Potenzials zur Energieversorgung der Insel als eine schwierige Aufgabe.

Große technische Hindernisse müssen überwunden werden, bevor erneuerbare Energien in weiten Teilen der Insel nutzbar gemacht werden können. Eine Alternative stellt die Kombination von Windenergiesystemen und Kleinwasserkraftwerken dar, bei denen Wasser mittels Windenergie zwischen zwei künstlichen Stauseen in unterschiedlichen Höhenlagen gepumpt wird. Besteht Nachfrage nach Elektrizität, so treibt das aus dem höher gelegenen Stausee fallende Wasser die Turbinen des Wasserkraftwerks an.

Die Insel El Hierro verfügt über eine geringe Gebietsfläche (278 km²) mit starken topographischen Kontrasten. Der Energiebedarf ihrer 10 500 Einwohner wird durch ein dieselbetriebenes 12-MW-Kraftwerk gedeckt. Aufgrund der Größe, der gebirgigen Struktur, des Energieverbrauchs und des bedeutenden Windenergiepotenzials bietet die Insel ideale Voraussetzungen für den Einsatz eines durch Wind und Wasser betriebenen Stromerzeugungssystems. Bei dem für El Hierro geplanten Versorgungssystem wird der Strom von einem Windpark erzeugt und in das Stromnetz der Insel eingespeist, um einen Teil des Strombedarfs der Bevölkerung zu decken. Besteht ein Überhang an Windenergie, die nicht in das Stromnetz eingespeist werden kann, wird diese für die Wasserpumpen zwischen den Stauseen genutzt. Ist die Windstärke nicht ausreichend, wird das gespeicherte Wasser auf mehrere Turbinen geleitet, die den benötigten Strom erzeugen. Durch das Wind- und Wasserkraftwerk kann mit einer unbeständigen Energiequelle eine kontrollierte und konstante Elektrizitätsversorgung gewährleistet werden. Dieser Prozess ermöglicht eine maximale Nutzung der Windenergie bei gleichzeitiger Minimierung des Verbrauchs fossiler Brennstoffe.

Der El Hierro Council, die Elektrizitätsgesellschaft UNELCO-ENDESA und die Kanarische Regierung gründeten kürzlich zusammen mit dem Technologischen Institut der Kanarischen Inseln (ITC) die Gesellschaft Gorona del Viento El Hierro SA, die künftig für den Bau und den Betrieb der Wind- und Wasserkraftanlage zuständig sein wird. Derzeit

arbeiten ITC und UNELCO-ENDESA gemeinsam an der Projektplanung für den Bau und die Verwaltung der Wind- und Wasserkraftanlage. Das Projekt stellt eine große technologische Herausforderung dar, da es weltweit eine Vorreiterrolle einnimmt. Die Beteiligung des „Institute for Energy Diversification and Saving“ (IDEA) verleiht ihm zusätzliche Bedeutung und begünstigt die Umsetzung der Projektidee in naher Zukunft.

Das Wind- und Wasserkraftwerk (geschätzte Kosten 54 Mio. Euro) wird insgesamt 10 MW Strom erzeugen, wodurch der jährliche Ölverbrauch der Insel um 6000 Tonnen reduziert und der Öltransport auf dem Seeweg ausgesetzt werden kann. Überdies werden jährlich 20 000 Tonnen weniger CO₂ an die Atmosphäre abgegeben.

Das Projekt mit dem Titel „El Hierro: 100 % Renewable Energy“ (El Hierro – 100 % erneuerbare Energie) wird zum Teil vom Europäischen Fonds für regionale Entwicklung finanziert und steht unter der Leitung des ITC. Zusätzlich werden sich der El Hierro Council und fünf weitere europäische Einrichtungen an dem Projekt beteiligen. Geplant ist eine Studie zur Entwicklung von Strategien, um einerseits eine vollständige Energieselbstversorgung für die Insel zu erreichen und andererseits das ehrgeizige Projekt auf andere Inseln in Europa und Regionen weltweit zu übertragen. Die Strategien zielen auch auf die Sensibilisierung für Energiesparmaßnahmen und den Gebrauch anderer erneuerbarer Energiequellen (wie thermale und photovoltaische Sonnenenergie) sowie die Nutzung der verschiedenen auf der Insel produzierten Arten von Biomasse und organischen Abfällen ab. Das Projekt für erneuerbare Energien wird der Insel El Hierro eine weltweite Führungsposition bei der Umsetzung von selbstversorgenden Energiesystemen auf Grundlage sauberer, erneuerbarer Energiequellen vermitteln und somit zu einer wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung beitragen, die mit dem Umweltschutz in Einklang steht

Weitere Informationen erhalten Sie unter:
itc@itccanarias.org



Die Anlage in der Gesamtansicht.

INTERREG IIIA SPANIEN/PORTUGAL

Förderung des Korksektors



Gesamtkosten: 2 106 435 €
EU-Beitrag: 1 579 827 €

„Kork ist eine Schlüsselressource für den Ausgleich zwischen Umwelt und territorialen Gegebenheiten in den Regionen Sierra de San Mamede und Sierra de San Pedro, einem Gebiet im Südosten der iberischen Halbinsel mit einer Fläche von 8500 km², das an die Regionen Alentejo und Extremadura grenzt. Mehr als 120 Kleinstunternehmen könnten ihre Existenzgrundlagen verlieren, wenn ihr traditioneller Markt – die Herstellung von Weinkorken – zusammenbräche. Um diese drohende Gefahr abzuwenden, hat das ‚Corchica‘-Projekt für grenzübergreifende Zusammenarbeit den Kenntnisstand hinsichtlich Branche, Region und Markt verbessert. Darüber hinaus wurden Werbemaßnahmen durchgeführt, die Zusammenarbeit zwischen den Herstellern gefördert und technische Unterstützung bei der Geschäftsführung bereitgestellt. Der Ansatz gipfelte in der Vorbereitung eines Strategieplans und der für 2008 geplanten Schaffung eines ‚Kork-Clusters‘ in Extremadura.“

Fatima Cano, Projektleiter, ASECOR
fcano@asecor.com

INTERREG IIIA Irland/Nordirland

„Vital Signs“: Umweltbewusstsein bei Schulkindern



Gesamtkosten: 532 140 €
EU-Beitrag: 399 105 €

Mit dem Projekt für Zusammenarbeit „Vital Signs“ (lebendige Zeichen) wurden im Zeitraum 2005-2006 Software für PDA-Technologie und eine GIS-verlinkte Online-Datenbank entwickelt, in der Klimaangaben, Daten zur Wasserqualität und zur Beschaffenheit von Flüssen und Lebensräumen in Flüssen gesammelt wurden. Standort der Untersuchungen waren die Auffangbecken der Flüsse Blackwater, Foyle und Melvin, die entlang der Grenze zwischen Nordirland und der Republik Irland verlaufen. Jeden Monat fertigten Schüler in der Nähe ihrer Schule Aufzeichnungen an, und die Daten wurden anschließend in die Online-Datenbank gestellt. Die Kinder konnten bei verschiedenen Gelegenheiten ihre Daten mit denen anderer Schulen an ihrem Flussbecken vergleichen. Gemeinsame Feldexkursionen förderten gemeindeübergreifende Bindungen und eine größere Eigenverantwortlichkeit für lokale Ressourcen. Mit dem Projekt konnte das Umweltbewusstsein der Kinder gestärkt und in randständig gelegenen Schulen und Gemeinden neue Technologien eingeführt werden.

Gretta McCarron, Projektleiterin
blackwatervitalsigns@yahoo.ie
www.vitalsignsireland.org

INTERREG IIIB Osten

Neugestaltung einer stillgelegten Abfalldeponie



Gesamtkosten: 4 500 000 €
EU-Beitrag: 3 240 000 €

„An dem Gemeinschaftsprojekt IUWMM (Integrated Urban Waste Management Model - Entwicklung eines integrierten Modells zur städtischen Abfallbewirtschaftung) beteiligten sich 14 regionale und lokale Entscheidungsträger, die sich über bewährte Verfahren auf dem Gebiet der Abfallbewirtschaftung austauschten. Einer der untersuchten Fälle betraf eine ehemalige, stillgelegte Abfalldeponie südlich von Leipzig (500.000 Einwohner). In der Vergangenheit waren hier an die 3,8 Millionen m³ Abfall deponiert worden. Insbesondere hinsichtlich Grundwasserschutz und Deponiegasemissionen entsprach die Deponie nicht europäischen Umweltvorschriften. In einem ersten Schritt wurden die Risiken für die Umwelt ermittelt, um im Anschluss daran einen Sanierungsplan für die Deponie zu konzipieren. Ziel war dabei, das durch die Deponie fließende Sickerwasser auf ein Minimum zu beschränken, die Deponie als Erholungsgebiet zu nutzen und letztlich Energie aus Deponiegas und Sonnenenergie zu gewinnen. Die Deponie wurde daher mit einem Abdichtungssystem (26 ha) abgedeckt und danach bepflanzt.“

Frank Richter, Stadtreinigung Leipzig,
Eigenbetrieb der Stadt Leipzig
FRichter@SRLeipzig.de

INTERREG IIIB Ostsee

Anpassungsstrategien an den Klimawandel im Ostseeraum



Gesamtkosten: 2 246 822 €
EU-Beitrag: 1 399 616 €

„Anpassungsstrategien an den Klimawandel spielen eine bedeutende Rolle für die nachhaltige territoriale Entwicklung. Die Publikation 'Towards climate change adaptation in the Baltic Sea Region' ist das jüngste Ergebnis der Projekte zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels im gesamten Ostseeraum („SEAREG“ und „ASTRA“), die unter der Ägide des geologischen Dienstes Finnlands in Zusammenarbeit mit verschiedenen lokalen und regionalen Entscheidungsträgern und Forschungseinrichtungen durchgeführt wurden. Die fruchtbare fachübergreifende Zusammenarbeit ermöglichte Städten wie Espoo (Finnland) und Gdansk (Polen), Anpassungsstrategien an den Klimawandel in die Zukunftsplanung der Flächennutzung miteinzubeziehen.“

Philipp Schmidt-Thomé,
Geologischer Dienst Finnlands (GDF)
philipp.schmidt-thome@gtk.fi
www.astra-project.org

Programm ESPON 2013 gestartet

Der Startschuss für das Programm ESPON 2013 erfolgte am 21. Januar 2008 in Brüssel.



Das 2002 eingerichtete „Europäische Raumbewachtungsnetzwerk“ (European Spatial Planning Observation Network – ESPON) zielt darauf ab, die politische Entwicklung zu unterstützen und eine europäische Wissenschaftsgemeinschaft im Bereich der territorialen Entwicklung aufzubauen. Am 7. November 2007 verabschiedete die Europäische Kommission das Programm ESPON 2013 für den Programmplanungszeitraum 2007–2013. Das neue Programm wird zum Teil aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) im Rahmen des Ziels der Territorialen Zusammenarbeit finanziert. Das Gesamtbudget beläuft sich auf 47 Millionen Euro.

Der Auftakt für das Programm ESPON 2013 erfolgte am 21. Januar 2008 in Brüssel. Eröffnet wurde die Veranstaltung von Katarina Mathernova, stellvertretende Generaldirektorin der GD REGIO der Europäischen Kommission, und Romain Diederich, Generaldirektor des luxemburgischen Ministeriums für Inneres und Raumplanung. Weitere namhafte Gäste waren Evgeni Kirilov, stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für regionale Entwicklung im Europäischen Parlament, Gerhard Stahl, Generalsekretär des Ausschusses der Regionen, Joost van Iersel, Mitglied des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses, und Blanka Bartol, die die Slowenische EU-Präsidentschaft vertrat.

Auf die Eröffnung folgten Vorträge über das Programm ESPON 2013, seine Aufgaben, Prioritäten und Schnittstellen mit anderen Strukturfondsmaßnahmen. Das neue Programm wird die Kontinuität von ESPON (2000-2006) sowie neue innovative Ansätze für die Konsolidierung des europäischen Beobachtungsnetzwerks für Raumentwicklung und Kohäsion gewährleisten. Es wird die Politikgestaltung mit Blick auf die harmonische Entwicklung des europäischen Raums und des europäischen territorialen Zusammenhalts unterstützen. ESPON 2013 soll vergleichbare

Informationen, Nachweise, Analysen und Szenarien zu den Rahmenbedingungen für die Entwicklung von Regionen, Städten und größeren Gebieten liefern.

Viele der 182 Teilnehmer der Veranstaltung waren potenzielle Empfänger und/oder interessierte Stakeholder, die mehr über die verschiedenen Möglichkeiten der Teilnahme an den Projektaktivitäten erfahren wollten. Die Veranstaltung bot zudem Gelegenheit, die ersten vier Aufforderungen zur Einreichung von Vorschlägen und Interessensbekundungen im Rahmen des Programms ESPON 2013 in die Wege zu leiten. Im Einzelnen ging es um:

- (1) Die Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen für angewandte Forschungsprojekte zu sechs Themenbereichen: Städte und städtische Ballungsgebiete (ihre Funktionalität und Entwicklungsmöglichkeiten für die europäische Wettbewerbsfähigkeit und den europäischen Zusammenhalt); Entwicklungsmöglichkeiten in verschiedenen Arten von ländlichen Gebieten; Bevölkerungswandel und Migrationsströme, die sich auf europäische Regionen und Städte auswirken; Klimawandel und territoriale Auswirkungen auf Regionen und lokale Wirtschaftssysteme; Auswirkungen steigender Energiepreise auf die regionale Wettbewerbsfähigkeit; territoriale Folgenabschätzung von politischen Maßnahmen.
- (2) Die Aufforderung zur Interessensbekundung für das „Knowledge Support System“ (wissenschaftliche Begleitgruppe).
- (3) Die Aufforderung zur Interessensbekundung durch Stakeholder zur zielorientierten Analyse.
- (4) Die Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen für die Datenbank ESPON 2013.

Die Frist zur Einreichung von Vorschlägen und Interessensbekundungen für diese Aufforderungen endet am 22. März 2008.

Weitere Informationen unter:
info@espon.eu (<http://www.espon.eu/>)

REGIO & Netzwerke

OPEN DAYS 2008-Veranstaltung

Auf einer Kick-off-Veranstaltung am 14. Dezember 2007, an der 150 Vertreter aus europäischen Regionen und Städten teilnahmen, beschlossen Dirk Ahner, Generaldirektor der GD Regionalpolitik der Europäischen Kommission, und Gerhard Stahl, Generalsekretär des Ausschusses der Regionen, die Abhaltung der „OPEN DAYS 2008 – Europäische Woche der Regionen und Städte“, die vom 6. bis zum 9. Oktober 2008 stattfinden wird. Die diesjährige Veranstaltung steht unter dem Thema „Regionen und Städte in einer Welt voller Herausforderungen“. Im Mittelpunkt stehen vier Themenbereiche: (1) regionale Forschung und Innovation; (2) nachhaltige regionale Entwicklung und Klimawandel; (3) Zusammenarbeit und Netzwerk/Austausch bewährter Verfahren und (4) Europäische Kohäsionspolitik von morgen. Beruhend auf den Umfrageergebnissen der letztjährigen Veranstaltung werden auch einige neue Maßnahmen getestet. Eine davon ist die Erhöhung der Anzahl dezentralisierter Veranstaltungen oder Seminare auf lokaler Ebene von 95 in diesem Jahr auf 200 oder sogar 300 im Oktober 2008. Regionen und Städte können sich bis zum 5. März 2008 als Partner für die OPEN DAYS 2008 bewerben.

http://ec.europa.eu/regional_policy/conferences/od2007/index.cfm

Beiträge zur EU-Kohäsionspolitik von morgen

81 Beiträge aus der öffentlichen Konsultation zur zukünftigen EU-Kohäsionspolitik können auf der Inforegio-Website eingesehen werden. Die Beiträge gingen der Europäischen Kommission zwischen dem 27. September 2007 und dem 31. Januar 2008 von Seiten öffentlicher Entscheidungsträger, wirtschaftlicher und sozialer Partner, Interessengruppen sowie europäischer Bürger zu. Zusammen mit dem Fünften Bericht über wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt wird im Frühjahr 2008 ein Bericht über die Konsultation vorgestellt. http://ec.europa.eu/regional_policy/conferences/4thcohesionforum/consultation_en.cfm?nmenu=

Regionen und Gesundheitswesen

Das überregionale Gesundheitsnetzwerk EUREGHA (European Local and Regional Health Authorities Network) ist eine Plattform regionaler oder lokaler Entscheidungsträger mit Zuständigkeiten im Gesundheitswesen oder in verwandten Bereichen. Das Netzwerk veranstaltete kürzlich eine Konferenz zum Thema „Health Inequalities in the Regions of Europe“ (Ungleichheiten im Gesundheitswesen der europäischen Regionen). Konferenzbeiträge umfassten Referate von amtlichen Mitarbeitern der GD REGIO und der GD SANCO der Europäischen Kommission, des slowenischen Gesundheitsministeriums und des Eurohealthnet sowie die Präsentation von vier Beispielen bewährter Verfahren, die zur Behebung von Ungleichheiten im Gesundheitswesen in europäischen Regionen angewandt wurden (Nordwest-England, Aquitaine, Zentralschweden und Kent). Die Beiträge können unter dem Link (http://www.northwesthealth.eu/cms/default2.asp?active_page_id=109) abgerufen werden. Ferner wird das Gesundheitsnetzwerk EUREGHA Network weitere Beispiele zu bewährten Praktiken aus ganz Europa zusammentragen und in den kommenden Monaten in Form einer umfassenden Broschüre veröffentlichen. Interessierte, die ein Anwendungsbeispiel hinsichtlich eines erfolgreichen Projektes zur Behebung gesundheitlicher Ungleichheiten oder eine in ihrer Region angewandte Strategie beitragen möchten, sollten sich mit dem Netzwerk in Verbindung setzen. health@nwhbo.org

Atlas zur grenzübergreifenden Zusammenarbeit

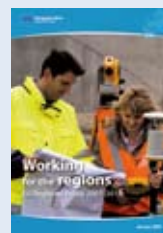
MOT (Mission Opérationnelle Transfrontalière) hat seinen Atlas zur grenzübergreifenden Zusammenarbeit fünf Jahre nach Veröffentlichung der ersten Ausgabe auf den neuesten Stand gebracht. Der Atlas umfasst an die 100 Karten, auf denen alle grenzüberschreitenden Gebiete zwischen Frankreich und seinen neun Nachbarländern dargestellt werden. Der Atlas besteht aus vier Teilen: 1) grenzübergreifende geographische Lage (Arbeitnehmerverkehr, Beschäftigung, Seeverkehr usw.); 2) sektorbezogene Themen grenzübergreifender Zusammenarbeit (Gesundheitswesen, Kultur, öffentliches Transportnetz, Flüsse usw.); 3) gebietsbezogene Dimension grenzübergreifender Zusammenarbeit (grenzübergreifende territoriale Projekte und nationale Planung, städtische Gebiete, grenzübergreifende ländliche Bereiche und Naturgebiete usw.); 4) politischer und gesetzlicher Rahmen sowie Planungsinstrumente und Mittelbeschaffung. Die Karten werden durch fundierte Kommentare zu den vorgestellten Themen und Detailaufnahmen von spezifischen geographischen Gebieten erläutert. www.espaces-transfrontaliers.eu

Termine REGIO

Datum	Veranstaltung	Ort
7.-8. April 2008	Konferenz zur Kohäsionspolitik von morgen http://www.eu2008.si	Maribor (SLO)
12.-14. Mai 2008	2. Internationales Abkommen für ein territoriales Entwicklungskonzept http://www.crpm.org/en/index.php?act=6,1,2,71	Tangier – Tetouan (MA)
27.-29. Mai 2008	Regional Studies Association Annual International Conference „Regionen: Die Dilemmata von Integration und Wettbewerb“ http://www.regional-studies-assoc.ac.uk/events/future.asp	Prag (CZ)
19. Juni 2008	Organisation von Europäischen Verbänden für territoriale Zusammenarbeit (EVTZ)	Brüssel (B)
6.-9. Oktober 2008	OPEN DAYS 2008 – Europäische Woche der Regionen und Städte http://ec.europa.eu/regional_policy/conferences/od2007/index.cfm	Brüssel (B)

Neuste Publikationen

Arbeiten für die Regionen – EU-Regionalpolitik 2007-2013



http://ec.europa.eu/regional_policy/sources/docgener/presenta/working2008/work_de.pdf
Das Warum und Wie der Europäischen Regionalpolitik.
Erhältlich in 22 Sprachen.

Kohäsionspolitik 2007-2013 Nationale strategische Rahmenpläne



http://ec.europa.eu/regional_policy/atlas2007/fiche/nsrf.pdf
Ein Überblick über nationale Investitionsschwerpunkte, begünstigte Regionen, finanzielle Förderprogramme und erwartete Auswirkungen der operationellen Programme in den einzelnen Mitgliedstaaten.
Erhältlich in Englisch, Französisch und Deutsch.

Regionen für den wirtschaftlichen Wandel – Exzellenz teilen



http://ec.europa.eu/regional_policy/conferences/excellence/doc/pdf/excellence_de.pdf
Erhältlich in Englisch, Französisch und Deutsch.

Kohäsionspolitik 2007-2013 Erläuterungen und offizielle Texte



http://ec.europa.eu/regional_policy/sources/docoffic/official/regulation/pdf/2007/publications/guide2007_de.pdf
Erhältlich in 21 Sprachen.

Der vollständige Wortlaut von Gesetzen, Gesetzesvorschlägen und amtlichen Dokumenten der EU kann im Internet unter eur-lex.europa.eu/de/index.htm nachgelesen werden.

www.env-health.org

Die internationale Nichtregierungsorganisation Health and Environment Alliance (HEAL - Allianz für Gesundheit und Umwelt) setzt sich für verstärkten Umweltschutz ein, um auf diesem Weg die Gesundheit und das Wohlbefinden europäischer Bürger zu verbessern. Die HEAL-Website verbreitet Informationen zum Klimawandel und zu Gesundheitsthemen (insbesondere zu politischen Entwicklungen, neuen Studien und Berichten, zu politischen Fortschritten im EU-Entscheidungsprozess einschließlich den wichtigsten Daten zu Aktionen, Beratungen usw.). Ein kürzlich veröffentlichter HEAL-Bericht mit dem Titel „Climate change and health: Protecting the most vulnerable“ („Klimawandel und Gesundheit - die Bedürftigsten schützen“) stellt einen Überblick über die neuesten wissenschaftlichen Erkenntnisse über Klimawandel und Gesundheit sowie die wichtigsten Forschungsergebnisse aus ausgewählten europäischen Ländern und politische Empfehlungen vor.



<http://www.acrplus.org/index.asp?page=25>

Die „Association of Cities and Regions for Recycling and sustainable Resource management“ (ACR+ - Vereinigung von Städten und Regionen für Recycling und nachhaltiges Ressourcenmanagement) ist ein internationales Netzwerk von Experten für Abfallbewirtschaftung. Die Mitglieder verfolgen gemeinsam das Ziel, den nachhaltigen Verbrauch von Ressourcen und eine nachhaltige Abfallbewirtschaftung durch Vermeidung der Abfallentstehung an der Quelle, Wiederverwendung und stoffliche Verwertung zu fördern. Zu den derzeit 90 ACR+-Mitgliedern zählen insbesondere lokale und regionale Entscheidungsträger sowie nationale Netzwerke lokaler Körperschaften, die rund 750 Gemeinden vertreten. Die ACR+-Website in drei Sprachen (EN, ES, FR) stellt relevante Informationen (Studien, Informationschriften, Seminarberichte usw.) zum Thema Abfallbewirtschaftung bereit.



<http://www.environment-agency.gov.uk/grdp/>

„Greening Regional Development Programmes (GRDP - Ökologisierung regionaler Entwicklungsprogramme) ist ein 2004 gegründetes EU-weites Netzwerk, das die Regionen dabei unterstützt, unter Berücksichtigung des Umweltschutzes Arbeitsplätze und Wachstum zu schaffen. Die GRDP-Partner verfolgen das Ziel, den Organisationen für regionale Entwicklung die eindeutigen Vorteile zu vermitteln, die sich ihnen durch die Integration von Umweltaspekten in ihre Politikgestaltung, Strategien, Programme und Aktivitäten bieten. Das Netzwerk hat auf 40 Seiten Empfehlungen und bewährte Praktiken zusammengestellt, um die Organisationen bei der Integration ökologischer und umweltrelevanter Aspekte in ihre regionalen Entwicklungsprogramme zu unterstützen. In die GRDP-Charta wurden die wichtigsten Grundsätze für die Integration von Umweltbelangen aufgenommen. Organisationen werden aufgefordert, die Empfehlungen und bewährten Verfahren anzunehmen und sich durch die Unterzeichnung der Charta für nachhaltige Entwicklung zu verpflichten.



<http://www.europanostra.org/index.html>

Europa Nostra ist der repräsentative Verbund von über 220 europaweit im Denkmalschutz tätigen Nichtregierungsorganisationen. Spezifische Zielsetzungen von Europa Nostra auf europäischer Ebene sind die Förderung hoher Qualitätsstandards im Umgang mit Kulturgut, sei es in den Bereichen Architektur, Landschafts- und Städteplanung, sei es in den Bereichen der Förderung nachhaltiger, ausgewogener Entwicklung städtischer und ländlicher, gebauter und natürlicher Umwelt. Der Verbund unterstützt auf europäischer Ebene bewährte Verfahren zugunsten der Erhaltung und des Schutzes von Kulturerbe insbesondere durch die Verleihung von Auszeichnungen wie dem Kulturerbepreis der Europäischen Union und dem Europa Nostra Preis.



"Arbeiten für die Regionen – EU-Regionalpolitik 2007-2013"

Die neue Broschüre "Arbeiten für die Regionen. EU-Regionalpolitik 2007-2013" ist in allen Sprachen der Gemeinschaft erhältlich. Die 36 Seiten umfassende Publikation beschreibt ausführlich die EU-Regionalpolitik und mit welchen Mitteln die Regionalpolitik beispielsweise Transportnetze, innovative Konzepte, umweltbedingte und städtische Entwicklungen in den europäischen Regionen und Städten fördert. Weitere Aspekte, die in der Veröffentlichung eingehend behandelt werden, sind die Zusammenarbeit zwischen den Regionen, Programmbewertungen sowie Mindestanforderungen hinsichtlich Audits, Kontrollen und Öffentlichkeitsarbeit. Es wird zahlenmäßig belegt, wie viele Gelder (aus dem EU-Kohäsionsfonds) an die 27 EU-Mitgliedstaaten fließen und für welche Projekte diese in den kommenden Jahren verwendet werden.

http://ec.europa.eu/regional_policy/sources/docgener/presenta/pres_de.htm

Europäische Kommission, Generaldirektion für Regionalpolitik
Referat B1 – Kommunikation, Information, Beziehungen mit Drittstaaten
Ana-Paula Laissy
Avenue de Tervuren 41, B-1040 Brüssel
Fax: (32-2) 29-66003
E-Mail: regio-info@ec.europa.eu
Internet: http://ec.europa.eu/regional_policy/index_de.htm

ISSN 1608-3881

© Europäische Gemeinschaften, 2008
Nachdruck mit Quellenangabe gestattet.

Gedruckt in Belgien

AMT FÜR AMTLICHE VERÖFFENTLICHUNGEN
DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN
L-2985 Luxemburg



Amt für Veröffentlichungen
Publications.europa.eu